

## **Zur Kirchen- und Hochschulpolitik der SED am Beispiel der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg in den fünfziger Jahren \***

Von Friedemann STENGEL, Halle  
Mit 1 Abbildung

In einer der sogenannten Konzeptionen, die das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR für die Umwandlung der Theologischen Fakultäten in Sektionen 1969 vorlegte, formulierte der zuständige Referent als fakultätspolitische Prämisse: „Ebenso wie die Kirche kein Teilsystem des Sozialismus ist, sind Theologie und theologische Ausbildung keine notwendigen Bestandteile des Wissenschafts- bzw. Bildungssystems der DDR.“ Der Empfänger der Konzeption in der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED kommentierte diese Feststellung mit der lapidaren Bemerkung: „überhaupt nicht Bestandteil“.<sup>1</sup> Dass die Theologischen Fakultäten trotz dieser Ansicht nach 20 Jahren DDR beibehalten blieben und in Sektionen umgewandelt wurden, zeigt das Paradoxon ihrer Existenz.<sup>2</sup> Theologische Fakultäten gab es weder in den anderen sozialistischen Ländern, wo sie Anfang der fünfziger Jahre aus den Universitäten ausgegliedert und in kirchliche Akademien umgewandelt wurden oder als außerhalb der Universitäten existierende Einrichtungen des Staates wie in der ČSSR weiter existierten. Die Praxis im übrigen Ostblock entsprach ja auch der marxistisch-leninistischen Doktrin von der Auflösung der Religion in der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft. Aber auch in der DDR war ihr Bestehen ein

---

\* Vortrag am 14. Dezember 1999 im Wissenschaftshistorischen Seminar der Leopoldina. – Abkürzungen (soweit nicht heute noch in Gebrauch): ČSSR – Tschechoslowakische Sozialistische Republik; DVV – Deutsche Verwaltung für Volksbildung; FDGB – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund; FDJ – Freie Deutsche Jugend; GI – Geheimer Informant (des MfS) (entspricht IM nach 1969); GM – Geheimer Mitarbeiter (des MfS); IM – Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) (entspricht GM bzw. GI vor 1969); MfS – Ministerium für Staatssicherheit der DDR; ML – Marxismus-Leninismus; OV – Operativer Vorgang des MfS; SMAD – Sowjetische Militäradministration; StEG – Strafrechtsergänzungsgesetz; UPL – Universitätsparteileitung; ZK der SED – Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. – Abkürzungen der Archivquellen: SAPMO – Staatliches Archiv der Parteien und Massenorganisationen (der DDR); BArch (Bundesarchiv)

<sup>1</sup> Vgl. Konzeption für die Weiterführung der Hochschulreform in den Bereichen Theologie, am 28. 8. 1969 vom Staatssekretär im Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim BÖHME, an Johannes HÖRNIG, den Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, gesandt, SAPMO, DY 30, IV/A/2/904/512

<sup>2</sup> Zur Gesamtproblematik vgl. STENGEL, Friedemann: Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte; Bd. 3) Leipzig 1998

Ausnahmefall angesichts der ansonsten strikt durchgesetzten Trennung von Staat und Kirche in anderen Bereichen wie im Falle des Religionsunterrichts, der in der Frühzeit des ostdeutschen Staates aufgehoben und als Christenlehre in die Befugnis der Kirchen übergegangen war, oder in der Frage der Kirchensteuer, oder auch in der am Ende der fünfziger Jahre virulenten Frage nach Möglichkeiten der Militärseelsorge in den Armeen beider deutscher Staaten.

Die Theologischen Fakultäten an den sechs Universitäten in Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig und Jena wurden beibehalten, obwohl es weder eine offizielle Vereinbarung noch einen SED-internen Beschluss gab. Dies hing von verschiedenen Faktoren ab. Einerseits erhoffte sich die SED einen langfristigen Einfluss auf die Pfarrerschaft und die Kirche durch den Versuch, Lehrkörper, Studentenschaft und Studiengang politisch zu indoktrinieren. Andererseits war mit der gleichzeitigen Existenz Kirchlicher Hochschulen eine Situation gegeben, die es der SED dauerhaft erschwerte, das Problem der Pfarrerausbildung einer Lösung zuzuführen. Das seit Beginn der fünfziger Jahre ausgebaute System der kirchlichen Pfarrerausbildung in der DDR,<sup>3</sup> die keine offizielle staatliche Sanktion besaß, bildete sich zunehmend zu einem wichtigen Garanten für die staatlichen Theologischen Fakultäten heraus. Da die SED sich aus kirchen-, außen-, innen- und zumindest in den frühen fünfziger Jahren auch deutschlandpolitischen Gründen nicht entschließen konnte, die Fakultäten oder die Kirchlichen Hochschulen zu schließen, entwickelte sich allmählich der politische Grundsatz, die Fakultäten als Konkurrenzinstitutionen zu den kircheneigenen Ausbildungsstätten auszubauen, um die Mehrheit der Studierenden an den staatlichen Universitäten zu konzentrieren. Gleichzeitig und gerade aus diesem Grund waren die politischen Instanzen gezwungen, im Universitätsmaßstab andere, in einigen Bereichen deutlich geringere politische und ideologische Anforderungen an die Theologischen Fakultäten zu stellen, um die Abwanderung der Studierenden an die Kirchlichen Hochschulen zu verhindern. Die Instrumentarien zur Erziehung eines im Sinne der SED „fortschrittlichen“ Pfarrerstandes waren den Sachzwängen unterworfen, die durch die gleichzeitige Existenz Kirchlicher Hochschulen gegeben waren.<sup>4</sup>

Dennoch versuchte die SED – freilich in einem längeren politischen Entwicklungsprozess – mit verschiedenen Methoden und in Etappen das ungelöste Problem der Theologenausbildung in den Griff zu bekommen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war aber seitens der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), die zunächst an einer spezifisch deutschen Entwicklung interessiert war und sich erhoffte, bei der Bündelung aller als antifaschistisch angesehenen gesellschaftlichen Kräfte den Sozialismus gleichsam von selbst entstehen zu lassen, eine Gleichbehandlung der Theologen an der Universität zu verzeichnen. An einigen Universitäten waren die ersten Nachkriegsrektoren Theologen, in Halle der angesehene Alttestamentler Otto EISSFELDT, in Greifswald der Neutestamentler Ernst LOHMEYER.<sup>5</sup> Die aus wirt-

---

<sup>3</sup> Vgl. KÄHLER, Christoph: Kirchliche Hochschulen in der DDR. Hochschule Ost, 1992, H. 5, 3 bis 9

<sup>4</sup> Vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 225–238, 544–560, 669–677

<sup>5</sup> LOHMEYER wurde allerdings kurz vor seinem Amtsantritt von den Russen abgeholt und nach einem Schnellverfahren wegen angeblicher Kriegsverbrechen erschossen. Er wurde erst 1992 vom russischen Generalstaatsanwalt rehabilitiert, vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 24; HAUPE, Günter: Zum 50. Todestag von Ernst Lohmeyer. Die Kirche, Pommersche Ausgabe, 22. 9. 1996, 7f.

schaftlichen Gründen begrenzten Studienzulassungskontingente wurden auch für die Theologischen Fakultäten immer wieder erhöht.<sup>6</sup> Die Studententräte der unmittelbaren Nachkriegszeit – freilich bald seitens SED und FDJ unter erheblichen politischen Druck gesetzt<sup>7</sup> – waren zum Teil nicht unwesentlich von Theologiestudenten mitbestimmt. Seitens der SED fehlte zunächst eine durchdachte, zielgerichtete und speziell auf die Theologischen Fakultäten orientierte Politik, auch wenn bereits in den vierziger Jahren in der für den Hochschulbereich zuständigen Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) überlegt wurde, das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche im Universitätsbereich so durchzusetzen, dass die Theologischen Fakultäten in Religionswissenschaftliche Fakultäten umgewandelt würden.<sup>8</sup> Deutschlandpolitische Aspekte haben derartige Ideen untergehen lassen – und zwar auch noch, als beide deutsche Staaten gegründet waren. Ein ostdeutscher Sonderweg in der Frage der Theologenausbildung schien zunächst nicht gangbar zu sein. Als es aber bereits nach Gründung der DDR zu ernststen Differenzen zwischen den Kirchen und der Regierung kam, die auch aus den hochschulpolitischen Reformen der SED resultierten,<sup>9</sup> verschlechterte sich das Klima erheblich. Kirchlicherseits wurden erste Stimmen laut, die angesichts des obligatorischen Marxismus-Leninismus- und Russischunterrichts und anderer ideologischer Forderungen eigene kirchliche Ausbildungsstätten forderten, um eine unabhängige, von staatlicher Ideologie freie kirchliche Ausbildung der Pfarrer zu garantieren. Auf diese Gedanken ging die Gründung des Katechetischen Oberseminars Naumburg zurück, das ursprünglich als Ausbildungsstätte für Religionslehrer gedacht war (die es ja nicht mehr geben durfte), sich aber nun zu einer gleichsam siebenten kirchlichen Fakultät zu entwickeln begann.<sup>10</sup> Daneben bestanden die Kirchliche Hochschule in Berlin-Zehlendorf, eine Gründung der Bekennenden Kirche, mit ihrer Zweigstelle in Ostberlin, dem Sprachenkonvikt,<sup>11</sup> und das ab Ende der fünfziger Jahre zur Kirchlichen Hochschule umstrukturierte Missionshaus in Leipzig, dann als Theologisches Seminar Leipzig größte Kirchliche Hochschule in der DDR.<sup>12</sup>

SED und FDJ, die einen schwierigen Stand an den bürgerlichen Universitäten hatten, sahen vor allem in der Bedeutung der ESG und der Theologischen Fakultäten, die in den fünfziger Jahren immer als gleichsam komplementärer „reaktionärer“ Block betrachtet wurden, einen der wesentlichen Gründe für ihre zunächst herrschende Bedeutungslosigkeit in Studenten- und Hochschullehrerschaft. Als sich im Laufe des

<sup>6</sup> Vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 76 f.

<sup>7</sup> Vgl. KRÖNIG, Waldemar; MÜLLER, Klaus-Dieter: Anpassung – Widerstand – Verfolgung: Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961. Köln 1994; sowie: Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945–1955. Hrsg. von der Universität Leipzig und der Vereinigung von Freunden und Förderern der Universität Leipzig e. V. Leipzig, Univ., 1997

<sup>8</sup> Vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 72–74

<sup>9</sup> Vgl. BESIER, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche: der Weg in die Anpassung. S. 66–83. München 1993

<sup>10</sup> Vgl. ONNASCH, Martin: Kirchliche Hochschule in Naumburg. Hochschule Ost, 1992, H. 5, 23 bis 29

<sup>11</sup> Vgl. MAU, Rudolf: Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt: der Beitrag des „Sprachenkonvikts“ zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der HUB. Hochschule Ost, 1992, H. 5, 10 bis 22

<sup>12</sup> Vgl.: Vier Jahrzehnte theologische Ausbildung in Leipzig: das Theologische Seminar – die Kirchliche Hochschule Leipzig. Hrsg. von Werner VOGLER in Verbindung mit Hans SEIDEL und Ulrich KÜHN. Leipzig 1993

Jahres 1952 und am Beginn des Jahres 1953 innerhalb des ZK eine kirchenpolitische Linie durchsetzte, die sich die Zurückdrängung der Kirche mit brachialen Mitteln zum Ziel gesetzt hatte, gerieten daher vor allem die Schulen, Oberschulen und Universitäten in den Blick. Tausende von christlichen Schülern, die Mitglieder der Jungen Gemeinde, und Hunderte von Studenten, die Mitglieder der ESG und KSG waren, wurden relegiert und exmatrikuliert. Daneben wurden kirchliche diakonische Einrichtungen geschlossen, Gebäude beschlagnahmt, zahlreiche Personen, auch aus dem kirchlichen Leitungsbereich, verhaftet, der Devisenhandel, von dem die ostdeutschen Kirchen bis zum Ende der DDR zu einem wesentlichen Teil lebten, wurde zu unterbinden versucht. Repräsentative Beispiele waren die Inhaftierungen zweier Magdeburger Kirchenleitungsmitglieder und einiger Studentenpfarrer wie des noch heute bekannten Hallensers Johannes HAMEL.<sup>13</sup>

Vom Ton her nicht kirchenkampfmäßig war das Angebot, das Ministerpräsident Otto GROTEWOHL dem leitenden Bischof der EKD, Otto DIBELIUS, im August 1952 unterbreitete: Die Kirche möge erwägen, die Theologischen Fakultäten aus den Universitäten herauszunehmen und an deren Stelle eine kirchliche Akademie zu gründen. Der Staat wolle die bisher für die Fakultäten aufgewendeten Mittel und darüber hinaus Gebäude zur Verfügung stellen.<sup>14</sup> Was damals allerdings keiner ahnen konnte: dieser Offerte war ein Politbürobeschluss vorausgegangen, in dem die Schließung der Theologischen Fakultäten zum Programm erhoben worden war.<sup>15</sup> Trotz des kirchenkampfmäßigen Hintergrundes blieb der Vorschlag ein Angebot. Die Kirchen haben ihn ebenso wie die Fakultäten schließlich abgelehnt, um in den Universitäten verwurzelt zu bleiben.<sup>16</sup>

Als schließlich aufgrund sowjetischer Intervention die SED ihren Stumpf-und-Stiel-Kurs gegenüber den Kirchen aufgeben musste und am 10. Juni 1953 – eine Woche vor dem Volksaufstand, mit dem die Kirchen kaum etwas zu tun hatten – ein Kommuniqué mit führenden Vertretern der ostdeutschen Landeskirchen schlossen,<sup>17</sup> war auch von einer Herausnahme der Fakultäten keine Rede mehr. Im Zuge des genannten Kommuniqués wurden die Schüler und Studenten, die nicht in den Westen geflohen waren, reimatrikuliert und in die Schulen wiederaufgenommen. Das konfisziierte kirchliche Eigentum wurde zurückgegeben und alle anderen Repressionen, die gegenüber den Kirchen eingeleitet worden waren, vorerst zurückgenommen.

Die Unsicherheit innerhalb der SED, wie mit den Theologischen Fakultäten zu verfahren sei – erst Anfang 1955 fällt parteispitzenintern die erste Ermahnung, über-

---

<sup>13</sup> Vgl. WENTKER, Hermann: „Kirchenkampf“ in der DDR: der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953. Vierteljahrsh. f. Zeitgesch. 42, 95–127 (1994); LINKE, Dietmar: Theologiestudenten der Humboldt-Universität: zwischen Hörsaal und Anklagebank; Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten. S. 83–94. (Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert; Quellen, Bd. 3) Neukirchen-Vluyn 1994; BESIER, SED-Staat und Kirche, 106–125

<sup>14</sup> Vgl. Schreiben GROTEWOHLs an DIBELIUS, 14.8.52, SAPMO, NY 4090, 454, abgedruckt bei STENDEL, Theologische Fakultäten, 685 f.; vgl. auch ebd, 78–83

<sup>15</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 5. 8. 1952, SAPMO, DY 30, IV/2/2/224, abgedruckt bei STENDEL, Theologische Fakultäten, 684 f. – Im gleichen Beschluss war u. a. auch das Verbot der Studentenpfarrer festgelegt worden.

<sup>16</sup> Vgl. Schreiben DIBELIUS' an GROTEWOHL vom 25. 8. 1952 und vom 27. 2. 1953, BArch, DO-4, 353 sowie SAPMO, DY 30, NY 4090, 455, abgedruckt bei STENDEL, Theologische Fakultäten, 686 f.; vgl. auch ebd, 83–97

<sup>17</sup> Vgl. BESIER, SED-Staat und Kirche, 125–138

haupt eine Fakultätspolitik zu entwickeln<sup>18</sup> –, verhinderte gleichsam die Entstehung einer auf ein politisches Ziel ausgerichteten Abzweckung des Umgangs mit der Universitätstheologie. Dadurch war es den Fakultäten möglich, weitgehend unabhängig von staatlichen Eingriffen zu agieren. So konnte der von Kriegsverlusten und Entnazifizierung geschrumpfte Lehrkörper einiger Fakultäten in diesem Zeitraum im Großen und Ganzen nach eigenen Vorstellungen regeneriert werden. Ausnahmeerscheinungen, die nicht einem generellen Kurs gegenüber den Theologischen Fakultäten entsprachen, waren die – allerdings folgenschwere – Ernennung des Religiösen Sozialisten Emil FUCHS zum Professor in Leipzig<sup>19</sup> und die Strafversetzung des Hallischen Neutestamentlers und damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalts Erich FASCHER nach Greifswald.<sup>20</sup>

Die Unklarheit über die Zukunft der Theologischen Fakultäten verhinderte auch, dass die Forderungen der sogenannten zweiten Hochschulreform von 1951 in ihrem Bereich wirksam wurden.<sup>21</sup> Die im Universitätsmaßstab nun beginnende ideologisch ausgerichtete Organisation des Studienablaufs durch Seminargruppen, die FDJ als alleinige Studentenvertretung, regelrechte Stundenpläne, Russisch- und Unterricht in Marxismus-Leninismus konnten an den Theologischen Fakultäten nicht durchgesetzt werden, so dass das Theologiestudium von wenigen Ausnahmen abgesehen in der traditionellen Weise erhalten blieb.<sup>22</sup>

Ein Umschwung in der Kirchenpolitik, der auch die Hochschulen und die Hochschulpolitik nachhaltig betreffen sollte, setzte erst in der zweiten Jahreshälfte 1954 ein. Unmittelbarer Zusammenhang war die Erfahrung des gesamtdeutschen Kirchentages vom 7. bis 11. Juli in Leipzig, der von der DDR noch unterstützt worden war, bei dem sich die Kirche als gewaltige gesamtdeutsche Klammer jenseits der Blöcke, aber mit stärker westlicher als östlicher Orientierung präsentierte. Seitens der SED reifte die Erkenntnis, dass mit radikalen und offensiven Mitteln dieser Institution nicht beizukommen war. Andere Wege mussten nun gefunden werden. Zunächst fällt die Gründung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK Ende 1954<sup>23</sup> und die Gründung eigener, speziell mit den Kirchen befasster Abteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit auf allen regionalen Ebenen mit eigenen Kirchenoffizieren<sup>24</sup> in die Phase der Nacharbeit des Leipziger Kirchentages. Kirchenpolitik wurde zum Schwerpunktthema der Innenpolitik der DDR. Neues Ziel war nun nicht mehr die gewaltsame, sondern die taktische und längerfristige Untergrabung der kirchlichen Basis, die perspektivische Spaltung der Kirchen durch Installierung und Förderung „fortschrittlicher“ Pfarrergruppen und der Ost-CDU und vor allem die Abspaltung ihrer wich-

<sup>18</sup> Vgl. Schreiben Paul WANDELS an Kurt HAGER vom 1. 2. 1955, SAPMO, DY 30, IV/2/14/176; STENGEL, *Theologische Fakultäten*, 22 f.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., 27

<sup>20</sup> Vgl. ebd., 34–37

<sup>21</sup> Zur zweiten Hochschulreform vgl. KRÖNIG/ MÜLLER, *Anpassung-Widerstand-Verfolgung*, 48 bis 56

<sup>22</sup> Vgl. STENGEL, *Theologische Fakultäten*, 41–49

<sup>23</sup> Vgl. GOERNER, Martin Georg: *Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK-Apparat der SED*. In: VOLLNHALS, Clemens (Hrsg.): *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit: eine Zwischenbilanz*. S. 59–78. Berlin 1996

<sup>24</sup> Vgl. VOLLNHALS, Clemens: *Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit*. In: VOLLNHALS, Clemens (Hrsg.): *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit: eine Zwischenbilanz*. S. 79–119. Berlin 1996

tigsten Reserve: der Jugend. Noch Ende 1954 wird die Jugendweihe eingeführt – innerhalb nur eines Jahrfünfts nehmen die Zahlen der Konfirmationen rapide ab und bereits etwa 80 % der Jugendlichen an der Jugendweihe teil.<sup>25</sup> Noch heute lassen sich nur 14–18 % der Jugendlichen in den neuen Bundesländern konfirmieren.<sup>26</sup> Breitflächig sollten Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS in den Kirchen angeworben werden, um Einblicks- und Einflussmöglichkeiten in und auf das innere Geschehen zu erhalten. Die ersten IM werden bereits am Rande des Kirchentages gewonnen.<sup>27</sup> Die Quote von 1946 ursprünglich fast 95 % evangelischen und katholischen Kirchengliedern<sup>28</sup> in der DDR-Bevölkerung lag am Ende der DDR bei etwa 29 %<sup>29</sup> – ein europaweit einmaliger Prozess, abgesehen lediglich von den Folgen des terroristischen Regimes in Albanien.<sup>30</sup> Ostdeutsche Großstädte wie Leipzig und Berlin gehören zu den am stärksten entchristianisierten Städten Europas.

Auf der Ebene der Theologischen Fakultäten gewann nun, am Anfang der fünfziger Jahre, eine Klientel erheblichen Einfluss, bei der sich Staatstreue und Karrierismus eigentümlich vermischten, und die keine Skrupel besaß, konspirativ und radikal Möglichkeiten zu offerieren, die bei der SED-Spitze die Einsicht weckte, man könne über eine zielgerichtete Einflussnahme auf die universitäre Pfarrerausbildung eine Art sozialistischen oder wenigstens staatstreuen Pfarrer heranzüchten. Eine kleine Gruppe „fortschrittlicher“ Theologen an der Leipziger Fakultät, fester Kern die späteren Professoren Kurt MEIER, Hans MORITZ, Christoph HAUFE und Herbert TREBS, die sich um den Religiösen Sozialisten Emil FUCHS geschart hatte und im übrigen an der Fakultät selbst isoliert war, wandte sich zwischen 1953 und 1956 mit vier von ihnen selbst zum Teil als Memoranden oder Denkschriften über die „restaurative Entwicklung an den Theologischen Fakultäten“ bezeichneten Papieren an die Parteispitze der SED, an Parteichef Walter ULBRICHT und Ministerpräsident Otto GROTEWOHL.<sup>31</sup> Sie forderten darin eine aktive Politik der Regierung gegenüber den Fakultäten in berufungspolitischer und studienorganisatorischer Hinsicht. Dadurch sollte an

---

<sup>25</sup> Vgl. MASER, Peter: *Glauben im Sozialismus: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR*. S. 62. Berlin 1989. – Noch 1955 ließen sich 200 000 Jugendliche (80 % des Jahrgangs) konfirmieren, 1960 waren es nur noch etwa 50 000; vgl. POLLACK, Detlef: *Kirche in der Organisationsgesellschaft: zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*. S. 414. Stuttgart; Berlin; Köln 1994

<sup>26</sup> Vgl. DEGEN, Roland: *Jugendweihe und Konfirmation*. In: *Handbuch für die Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden*. Hrsg. vom Comenius-Institut in Verbindung mit dem Verein KU-Praxis. S. 491–500. Gütersloh 1998 – DEGEN benennt entsprechende Zahlen für 1997.

<sup>27</sup> Für die Theologischen Fakultäten bedeutsam war die Anwerbung Friederun FESSENS als GI „Irene“ am 15. 6. 1955, BStU, ZA, AIM 2023/60, P, Bl. 38 f., 41; weitere Beispiele: STENGEL, *Theologische Fakultäten*, 141–143

<sup>28</sup> Angehörige der evangelischen Kirchen 1946: 81, 5 %, der römisch-katholischen Kirche: 12,2 %, vgl. POLLACK, *Kirche in der Organisationsgesellschaft*, 374

<sup>29</sup> POLLACK nennt für 1990/91 drei Schätzungen, wobei die niedrigste von 21 % evangelischen und 3,6 % katholischen, die höchste von 27 % evangelischen und 5,5 % katholischen und eine mittlere Angabe von 24 % evangelischen und 4,6 % katholischen Kirchengliedern ausgeht, vgl. ebd.

<sup>30</sup> Vgl. NEUBERT, Ehrhart: *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche – Bilanz 1990*. In: DÄHN, Horst (Hrsg.): *Die Rolle der Kirchen in der DDR: eine erste Bilanz*. S. 36. München 1993

<sup>31</sup> Vgl. STENGEL, *Theologische Fakultäten*, 99–139; die Memoranden bzw. Denkschriften vom Frühjahr 1953, Oktober 1954, 25. 4. 1956 und 1. 8. 1956 sind abgedruckt ebd., 689–693, 707 bis 710, 713–716

den Universitäten die Basis für die Heranbildung eines „fortschrittlichen“, dem DDR-Sozialismus positiv gegenüberstehenden Pfarrerstandes geschaffen werden. Von diesen Anstößen und einigen anderen Ereignissen, aber auch der großen Bedeutung der ESG, ins Bild gesetzt, verabschiedete das Sekretariat des ZK der SED am 14. Dezember 1955 einen Maßnahmenplan, der die Änderung der politischen Lage an den Fakultäten zum Ziel hatte und in den folgenden Jahren zu schwerwiegenden Eingriffen führen sollte: Nur noch staatsloyale Theologen waren für eine akademische Laufbahn zuzulassen. Mehr als nur Staatsloyale, im Parteijargon als „fortschrittlich“ Bezeichnete waren, ob habilitiert oder nicht, zu bevorzugen. Negative oder Undurchsichtige waren vom Lehrbetrieb auszuschließen. Der Einfluss der Theologischen Fakultäten und der ESG an den Universitäten sollte eingedämmt werden. Kontakte nach Westdeutschland, insbesondere zu Partner-Studentengemeinden und zu Evangelischen Akademien, waren zu kontrollieren oder zu verbieten. Das Fach Marxismus-Leninismus war ab nun obligatorisch zu machen, Staatsfunktionäre sollten beauftragt werden, bei jeder sich bietenden Gelegenheit durch Vorträge u. ä. ideologischen Einfluss auf die Theologen zu nehmen. Diese Schritte sollten durch disziplinarische Einschnitte flankiert werden: Aktiv gegen die DDR eingestellte Studenten und Angehörige des Lehrkörpers sollten von den Universitäten entfernt werden. Umgekehrt waren alle Studienbewerber fortan auf ihre politische Einstellung hin zu überprüfen.<sup>32</sup> Mit diesem Programm, das gleichsam die politische Grundlinie des SED-Staates gegenüber den Theologischen Fakultäten in den folgenden Jahren festlegte, war die Phase der radikalen Veränderungen in der Fakultätspolitik eingeleitet, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1957 und 1958 haben sollte. Von diesen Veränderungen nenne ich auszugsweise folgende:

1. Bis 1958 wurde das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen personell umgestaltet, das nach Einschätzung der SED-Spitze – und im übrigen auch der Leipziger FDJ – insgesamt nicht den politischen Anforderungen entsprochen hatte. Von Staatssekretär Gerhard HARIG über dessen Stellvertreter Franz WOHLGEMUTH bis zu der für die Theologischen Fakultäten zuständigen Referentin wurden alle maßgeblichen Personen ausgewechselt.<sup>33</sup> Sie wurden durch solche ersetzt, die eine sicherere Kontinuität zwischen den Vorgaben des ZK und der Tagespolitik der Regierung zu gewährleisten schienen. Bei der Absetzung der Genannten wurde immer auch deren inkonsequenter Umgang mit den Theologischen Fakultäten als Argument ins Feld geführt. Für die Theologischen Fakultäten wurde ein ehemaliges Mitglied der Leipziger FDJ-Gruppe, die Theologin Friederun FESSEN, heute Sprecherin der AG ChristInnen bei der PDS, als Referentin zuständig, die gleichzeitig als IM „Irene“ arbeitete, sich in allen Fakultätsfragen mit dem ZK abstimmte und die Realisierung der Parteivorgaben garantierte. Ihr Führungsoffizier fasste „Irenes“ Auftrag in dieser Funktion in einem „Perspektivplan“ zusammen:

„1. Brechung des reaktionären Einflusses an den Theol. Fakultäten durch eine systematische Säuberung und Aufklärung von Assistenten, Aspiranten und

---

<sup>32</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 14. 12. 1955, SAPMO, DY 30, J/IV/2/3/498, abgedruckt ebd, 695–697

<sup>33</sup> Vgl. STENGEL, Theologische Fakultäten, 133–136. – WOHLGEMUTH erhielt in Halle eine Professur für „Wissenschaftlichen Sozialismus“, bevor er im April 1958 in den Westen floh.

- Professoren. Dazu wird ‚Irene‘ eine grundlegende Einschätzung über die Lage in den einzelnen Theologischen Fakultäten anfertigen und analysieren [sic!] [,] wo sich die Zentren der Reaktion befinden.
2. Die negativen Elemente[,] soweit sie durch fortschrittliche Lehrkräfte besetzt [sic!] werden können, werden von den Theologischen Fakultäten verwiesen bzw. an solche Fakultäten versetzt, wo es möglich ist, eine ständige Kontrolle dieser Personen durchzuführen.
  3. ‚Irene‘ wird systematisch Aussprachen mit den wissenschaftlichen Nachwuchskräften [sic!] führen und laufend Charakteristiken liefern, die uns die Möglichkeiten bieten[,] unter Prof. und Nachwuchskräften [sic!] weitere Anwerbungen durchzuführen.
  4. Alle wissenschaftlichen Mitarbeiter (Dozenten, Professoren und Aspiranten, Assistenten) von den Theol. Fakultäten können bei Ausreisen ins Ausland und nach Westdeutschland die Abt. Theol. Fak. beim Staatssekretariat für Hochschulwesen nicht umgehen, so daß auch hier gute operative Möglichkeiten vorhanden sind und Möglichkeiten gegeben sind, nach Außen zu arbeiten.
  5. Ein wesentlicher Punkt ist, daß ‚Irene‘ die fortschrittlichen Kreise in den Theologischen Fakultäten stärkt und sie aktiv zur Mitarbeit heranzieht. Dieses kann geschehen, indem fortschrittliche Leute beauftragt werden[,] auf Tagungen der Professoren, Dekane, Assistenten und Aspiranten Referate zu halten, in denen sie die Politik der DDR bejahen müssen und einen erzieherischen Einfluss im Sinne der DDR ausüben müssen.
  6. Bei der systematischen Säuberung der Theologischen Fakultäten muß die operative Arbeit so abgestimmt werden, damit eine konzentrierte Bearbeitung durch FDJ, Partei, Nationale Front und M.f.S. erfolgt, um feindliche Elemente zu entlarven und eine organisierte ideologische Auseinandersetzung mit negativen Elementen zu führen. [...]“<sup>34</sup>
2. Seit 1955 begann das MfS, sich umfassend mit den Theologischen Fakultäten zu beschäftigen, Informationen zu sammeln, Personen aufzuklären, strafrechtliche Schritte gegen Einzelne vorzubereiten und Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben. Offiziere der für Kirchen und Religionsgemeinschaften zuständigen Hauptabteilung V/4 und entsprechenden Abteilungen auf Bezirksebene befassten sich kontinuierlich mit dem neuen Arbeitsfeld, das nach stasiinternem Sprachgebrauch die Bezeichnung „Linie Theologische Fakultäten“ erhielt.<sup>35</sup> In der Gesamtzeit der DDR waren von 149 Professoren und Dozenten aus dem Raum der Theologischen Fakultäten immerhin 29 mehr oder minder engagierte IM, also etwa ein Fünftel – ein Fakt, der es wiederum erheblich erleichtert hat, auch auf der Basis inoffiziellen, konspirativ gesammelten Materials zeitgeschichtlich zu forschen und dabei internes, nicht in offiziellen Quellen niedergelegtes Material auszuwerten.
3. Auf Anordnung des ZK vollzog sich 1957 in der staatlichen Berufungspolitik eine einschneidende Wende mit der ersten politisch motivierten Einsetzung eines

---

<sup>34</sup> „Perspektivplan“ Leutnant Hartmut KULLIKS vom 2. 5. 1958, BStU, ZA, AIM 2023/60, P, Bl. 99 f.; abgedruckt bei STENDEL, Theologische Fakultäten, 735

<sup>35</sup> Vgl. ebd, 139–148

nichthabilitierten Dozenten in Leipzig, des Neutestamentlers Christoph HAUFE.<sup>36</sup> Dem folgten im Jahr darauf zwei weitere Einsetzungen von Professoren in Leipzig<sup>37</sup> und Anfang 1959 zweier Dozenten in Berlin.<sup>38</sup> Die Greifswalder Fakultät wurde unter Druck dazu veranlasst, einen staatlicherseits gewünschten Theologen als Professor zu akzeptieren.<sup>39</sup> Gleichzeitig wurden nahezu alle Berufungsvorhaben der Fakultäten blockiert oder gänzlich abgelehnt. Damit war den Fakultäten vorgeführt worden, dass der SED-Staat willens war, breitflächig in die Zusammensetzung des Lehrkörpers einzugreifen. Dieser massive politische Druck hielt im Berufungsbereich bis etwa 1965 an und hatte zur Folge:

- neun abgelehnte Theologen aus dem kirchlichen Bereich und von kirchlichen Ausbildungsstätten;
- an den Fakultäten die Behinderung oder Ablehnung von Berufungen in insgesamt 14 Fällen;
- zehn Ernennungen gegen die ursprünglichen Präferenzen der Fakultäten, von denen vor allem Berlin und Leipzig (je vier) betroffen waren.<sup>40</sup>

Um allerdings nicht den Eindruck zu erwecken, zwischen 1958 und 1965 seien die Fakultäten personell gleichsam völlig aufgerollt worden, ist folgende Bemerkung notwendig: Auch in dieser Phase wurden Theologen berufen, deren politische Haltung innerhalb des Regierungs- und Parteiapparats umstritten war oder deren Ernennung sich später gar als politischer Fehler herausstellte. In nicht wenigen Fällen gelangten so Theologen in den Lehrbetrieb, die später nach Einschätzung der Machthaber eine politisch negative, resistente Rolle spielten.<sup>41</sup> Aber auch die vom Staat Eingesetzten wurden keineswegs durchweg den Hoffnungen gerecht, die der Staat in sie gesetzt hatte.<sup>42</sup> Festzuhalten bleibt allerdings, dass es der SED gelang, die Berliner Fakultät zu einem Hort staatstreuer Theologen zu machen, der nicht mit einer anderen Fakultät zu vergleichen war,<sup>43</sup> und die Leipziger Fakultät zu spalten in einen – von mir so bezeichnet – defekten Teil, der aus staatstreuen Theologen bestand, die offiziell „sozialistisch“ eingestellt und gleichzeitig fast alle auch IM des MfS waren, und in einen intakten Teil, der sich aus Schülern der alten Fakultät zusammensetzte.<sup>44</sup> Die anderen Fakultäten blieben zwar ebenso wenig von berufungspolitischen Eingriffen des Staates verschont, waren aber in weitaus geringerem Maße davon betroffen als Berlin und Leipzig.

<sup>36</sup> Vgl. ebd, 153–157

<sup>37</sup> Die antragslose Beförderung Christoph HAUFES zum Professor mit vollem Lehrauftrag und die antragslose Einsetzung des Systematikers Kurt WIESNER zum Professor mit Lehrstuhl, vgl. ebd, 175

<sup>38</sup> Der Systematiker Hanfried MÜLLER und die Kirchenhistorikerin Rosemarie MÜLLER-STREISAND, vgl. ebd, 177–180

<sup>39</sup> Der Professor für Angewandte Theologie Gerhard KEHNSCHERPER, vgl. ebd, 181–184

<sup>40</sup> Vgl. ebd, 185–194, 340–465

<sup>41</sup> Vgl. beispielsweise die staatlichen Beurteilungen des Halleschen Alttestamentlers Gerhard WALLIS und des Rostocker Kirchenhistorikers Gert HAENDLER, ebd, 329 f.

<sup>42</sup> So im Falle des 1963 gegen den Willen der halleschen Fakultät als Dozent eingesetzten Neutestamentlers Wolfgang WIEFEL, vgl. ebd, 411–416

<sup>43</sup> Zu den Berliner Verhältnissen vgl. ebd, 177–180, 379–410, 619–628

<sup>44</sup> Zu den Leipziger Verhältnissen vgl. ebd, 158–177, 361–378, 613–618

4. In den Jahren 1957/58 waren auch die Theologischen Fakultäten nachhaltig von dem Programm der „sozialistischen Universität“ betroffen, das eine von kirchlichen, „bürgerlichen“ und westlichen Einflüssen freie Hochschule vorsah, an der die SED die Alleinherrschaft besitzen sollte.<sup>45</sup> Die „sozialistische“ Universität, die auf der 3. Hochschulkonferenz der SED Februar/März 1958 proklamiert wurde, sollte von Wissenschaftlern beherrscht sein, die persönlich den Marxismus/Leninismus vertraten und gleichzeitig als ideell-methodische Grundlage ihrer Wissenschaft ansahen. „Kleinbürgerlichen“, sprich: parteilosen und kirchlich gebundenen Personen innerhalb der Universität und „revisionistischen“, „abweichlerischen“, sprich: zu toleranten, liberaleren Strömungen innerhalb der SED wurde der Kampf unter dem Motto: „Stürmt die Festung Wissenschaft!“ angesagt.

Vorausgegangen war die Erfahrung des Ungarnaufstandes, der auch an den Universitäten Reaktionen ausgelöst hatte, und die dennoch bekannt gewordene Geheimrede CHRUSCHTSCHOWS. Beides hatte die Hoffnung auf Veränderungen in der politischen Landschaft geweckt. In Berlin und Leipzig kam es zu Massenveranstaltungen an der medizinischen und veterinärmedizinischen Fakultät, die z. T. durch Einsatzkommandos der Polizei überwacht wurden.<sup>46</sup> In Leipzig wurden an der Theologischen Fakultät im November 1956 unter der Autorschaft von Vertrauensstudenten der ESG Resolutionen verabschiedet, in denen die Abschaffung von ML als obligatorisches Fach, die Zulassung unabhängiger Studentenvertretungen und die Änderung der studienorganisatorischen Rahmenbedingungen gefordert wurde.<sup>47</sup> Der Bogen von der Fakultät zur ESG war schnell geschlagen. Stellvertretend für die christliche Studentenschaft wurden Siegfried SCHMUTZLER als Studentenpfarrer zu fünf Jahren Zuchthaus und mit ihm drei Theologiestudenten zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Gleichzeitig wurden 22 der ESG angehörende Theologiestudenten und zahlreiche Nichttheologen exmatrikuliert.<sup>48</sup> Immerhin wurde kurz nach dem SCHMUTZLER-Prozess, was dessen Bedeutung insgesamt unterstreicht, ein sogenanntes Strafrechtsergänzungsgesetz herausgegeben, das die Möglichkeiten der Strafverfolgung rein politischer Delikte erheblich erweiterte und politische Einstellungen gegen die DDR wie Zeitschriftenschmuggel und -besitz als kriminelle Handlungen definierte.<sup>49</sup> Mit dem Leipziger Verfahren, das wegen seiner fundamentalen Bedeutung für den Kampf der SED gegen nonkonforme kirchliche Strömungen nicht unerwähnt bleiben kann, sollte vor allem die „bürgerliche“, meist kirchlich gebundene Studentenschaft getroffen werden, repräsentiert in der ESG, deren Veranstaltungen gerade in Leipzig manchmal von 500 bis 1 000 Studenten besucht wurden.

---

<sup>45</sup> Zur „sozialistischen Hochschule“ vgl. KRÖNIG/ MÜLLER, Anpassung-Widerstand-Verfolgung, 57–61; STENGEL, Theologische Fakultäten, 138 f.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., 122

<sup>47</sup> Zu dem sogenannten „Stehkonvent“ an der Leipziger Fakultät am 8. und 9. 11. 1956 vgl. ebd., 122–131

<sup>48</sup> Zu den Prozessen gegen Siegfried SCHMUTZLER, Andreas JENTSCH, Wolfgang WOHLLEBE und Hanno SCHMIDT vgl. ebd., 238–259; SCHMUTZLER, Georg-Siegfried: Gegen den Strom: Erlebtes aus Leipzig unter Hitler und der Stasi. Göttingen 1992

<sup>49</sup> Die bisherigen politischen Urteile waren noch auf der Grundlage der Verfassung, § 6, ausgesprochen worden. Das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. 12. 1957 schloss mit seinen §§ 14 bis 16, 19 und 20 eine entsprechende Lücke im Strafrecht.

Die Kampagne der SED gegen bürgerliche und kirchliche Hochschullehrer fand an der hiesigen Universität ihren Höhepunkt.<sup>50</sup> Halle, als „reaktionäres“ Nest verschrien, war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sich an den wichtigsten Positionen der Universität tatsächlich noch zahlreiche, nicht gleichgeschaltete Professoren befanden und zudem teilweise ein guter Kontakt zwischen Theologen, Medizinern und Naturwissenschaftlern bestand. Der Senat war zwar durch die Hereinnahme der obligatorischen gesellschaftlichen Vertreter von FDJ, FDGB, UPL in der Hand der SED, diesen gegenüber stand aber eine recht sichere Fraktion von neun „bürgerlichen“ Senatoren. Herausragend seien genannt: die Dekane Erwin REICHENBACH, Walther HOFFMANN, Johannes HÜSING, der Pädagoge Hans AHRBECK, der Mediziner Horst HANSON, der Theologe Arno LEHMANN und der Agrarwissenschaftler Gustav KÖNNEKE. Zahlreiche Institute wurden von Professoren geleitet, die SED und MfS als „bürgerlich“ betrachteten und die Ermittlungsobjekte der Staatssicherheit wurden: Kurt MOTHES (Botanik), Franz RUNGE (Technische Chemie), Rudolf KÄUBLER (Geographie), Wilhelm MESSERSCHMIDT (Experimentelle Physik), Hans SCHUBERT und Ott-Heinrich KELLER (Mathematik), Günther MÖNCH (Angewandte Physik), Rudolph ZAUNICK (Geschichte und Dokumentation der Naturwissenschaften), Bernd LUEKEN (Physiologische Chemie), Franz MÖRL (Uni-Klinik).<sup>51</sup>

Diesem großen bürgerlichen Block in Halle stand eine kleine, aber radikale, selbst in SED-Kreisen als sektiererisch beleumdete Universitätsparteileitung (UPL) gegenüber, repräsentiert durch den Prorektor Wolfgang JAHN, den Parteisekretär Rudi BÜNTIG, seinen Stellvertreter Franz GUSCHL und den Dekan der Juristenfakultät John LEKSCHAS. Dazwischen stand Rektor Leo STERN, zwar SED-Mitglied, der zwischen den Blöcken zu vermitteln hatte, von der Parteileitung permanent als Parteigegner angegriffen wurde, sich rechtfertigen müßend, daher zuweilen unter Zugzwang ideologisch vortretend, aber gleichzeitig mit einer heimlichen Sympathie für die Bürgerlichen, die ihn wiederum als Rektor aufgrund seiner Vermittlerrolle zu halten wünschten.

Auftakt des offenen Konflikts zwischen den genannten Gruppen war eine Rede Kurt HAGERS auf der 3. Hochschulkonferenz der SED Ende Februar 1958, der die „Auseinandersetzung mit reaktionären Theorien und kleinbürgerlichen Auffassungen“ forderte und kurz darauf führende Mitarbeiter des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen daran erinnerte, dass sich die Hallesche Universität „unter Führung christlich-konservativer Leute“ befinde, „mit denen die Auseinandersetzung noch nicht erfolgt“ sei.<sup>52</sup> Wolfgang JAHN kündigte STERN, der vor „linkem Sektierertum“ warnte, gegenüber an: „Jetzt wird ein anderer Kurs gesteuert und wir werden Schluß machen mit dem Diplomatisieren gegenüber den bürgerlichen Professoren!“<sup>53</sup> Am 11. April erschien dann auch in der „Freiheit“ ein Artikel der UPL, in dem den „Bürgerlichen“ der Kampf angesagt und Rektor STERNs Politik des Diplomatisierens öffentlich angegriffen wurde.

Die internen Vorbereitungen seitens UPL und MfS waren aber bereits seit einiger Zeit angelaufen. Anfang 1958 war führenden halleschen Parteifunktionären einge-

<sup>50</sup> Vgl. zu den Vorgängen des Jahres 1958 in Halle STENGEL, Theologische Fakultäten, 260–294

<sup>51</sup> Vgl. Liste des MfS vom 31. 10. 1958 von im OV „Komet“ „bearbeiteten“ Personen, BStU, ASt Halle, AOP 3557/69, Bd. 1, Bl. 129–140

<sup>52</sup> Vgl. Bericht der Halleschen UPL, 3./4. 4. 1958, SAPMO, DY 30, IV/2/904/526

<sup>53</sup> Vgl. Bericht Leo STERNs in einem Schreiben an Bernhard KOENEN, den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Halle, 26. 7. 1958, LA Merseburg, IV/2/902/1405

fallen, dass es seit ca. 60 Jahren<sup>54</sup> einen sogenannten „Spiritus-Kreis“ gab, einen lockeren Gesprächskreis von zwölf Professoren verschiedener Fakultäten, alle „bürgerlich“, alles Geistes-, Naturwissenschaftler und Mediziner, kein SED-Mitglied, darunter führende Personen des angeprangerten „bürgerlichen“ Blocks und mehrere angesehene Emeriti. Ein Kreis, der sich einmal im Monat zum interdisziplinären Gespräch mit anschließender geselliger Runde in einer der Wohnungen seiner Mitglieder traf, und vor allem ein Kreis, in den die Partei keinen Einblick hatte, der auch Senatsmitglieder enthielt und nun unter den Generalverdacht geriet, eine Art konspirative zweite Universitätsleitung zu sein, Rektorenwahlen zu beeinflussen, die Gewährleistung eines „bürgerlichen“ akademischen Nachwuchses zu garantieren, Berufungsverfahren zu bestimmen und für antisozialistische Tendenzen an der halleschen Universität nach 1945 schlechthin verantwortlich zu sein schien. Dem bald geplanten Vorgehen gegen den „Spiritus“ kam ein Zufall entgegen: Eine ehemalige Assistentin des hochangesehenen Kirchenhistorikers Kurt ALAND, die spätere Professorin für Kunstgeschichte Ingrid SCHULZE, war auf die UPL zugekommen und hatte Parteisekretär BÜNTIG auf dessen Aufforderung hin ein politisch herabwürdigendes und denunziatorisches Papier übergeben, voller politischer Unterstellungen gegen ihren ehemaligen Chef, der ihr aus angeblich politischen Gründen gekündigt hatte.<sup>55</sup> So habe ALAND das NS- mit dem DDR-Regime gleichgesetzt und SCHULZE aufgefordert, „fortschrittliche“ Stellen aus einem Manuskript zu streichen, er habe ihr untersagt, Devisen 1 : 1 zu tauschen, das Ende der DDR nach etwa dreißig Jahren vorausgesagt, SCHULZE vor die Entscheidung für „Rot“ oder „Schwarz“ gestellt und einen politischen Boykott über sie verhängt, als sie sich für „Rot“ entschied. BÜNTIG übergab das Papier sofort an das MfS, dessen Leutnant Alfred TRAUTSCH sich der Angelegenheit annahm, herausfand, dass ALAND dem Spirituskreis angehörte, und Ermittlungen einleiten ließ.

War bis dahin noch vermutet worden, dem „Spiritus“ gehörten über 36 Professoren an, darunter sechs Theologen,<sup>56</sup> grenzte das MfS deren Zahl genauer ein. Die für Postüberwachung zuständige Abteilung „M“ fing die Einladungen zum Kränzchen am 15. März ab und wusste nun, dass dem Kreis angehörten: die Theologen Otto EISSFELDT (1887–1973) und Kurt ALAND (1915–1994), der Musikwissenschaftler Max SCHNEIDER (1875–1967), der Geologe Hans GALLWITZ (1896–1958), der Philosoph und Kantherausgeber Paul MENZER (1873–1960, 1948 bereits zwangsemeritiert), der Germanist Karl BISCHOFF (1905–1983), der Pädagoge Hans AHRBECK (1890 bis 1981), der Mediziner Bernd LUEKEN (1908–1978), der Historiker Hans HAUSHERR (1898–1960), der Verwaltungswissenschaftler und erste Ministerpräsident des Landes Erhard HÜBENER (1881–1958), der Agrarwissenschaftler Erich HOFFMANN

<sup>54</sup> Otto EISSFELDT selbst war sich als eines der ältesten Mitglieder des Kreises bei seiner Befragung vor dem Akademischen Senat am 22. 4. 1958 nicht sicher, ob der Kreis 1870 oder 1890 gegründet wurde, vgl. BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 168. – Er wurde 1890 von dem Historiker Eduard MEYER (1855–1930) ins Leben gerufen, vgl. zu seiner Geschichte MÜHLPFORDT, Günter: Vor 100 Jahren gegründet: Der Spirituskreis. Ein hallescher Professorenzirkel, den Walter Ulbricht 1958 verbot. *Scientia halensis* Nr. 3, S. 27–28 (2000)

<sup>55</sup> Vgl. Bericht SCHULZES vom 25. 2. 1958, handschriftlich unterzeichnet, in ihrer Personalakte als GI „Born“, BStU, ASt Halle, VIII 945/60 (MfS-Signatur), P, Bl. 25–28; STENDEL, Theologische Fakultäten, 264

<sup>56</sup> Vgl. Sachstandsbericht TRAUTSCHS und RICHTERS vom 28. 3. 1958, BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 1, Bl. 168

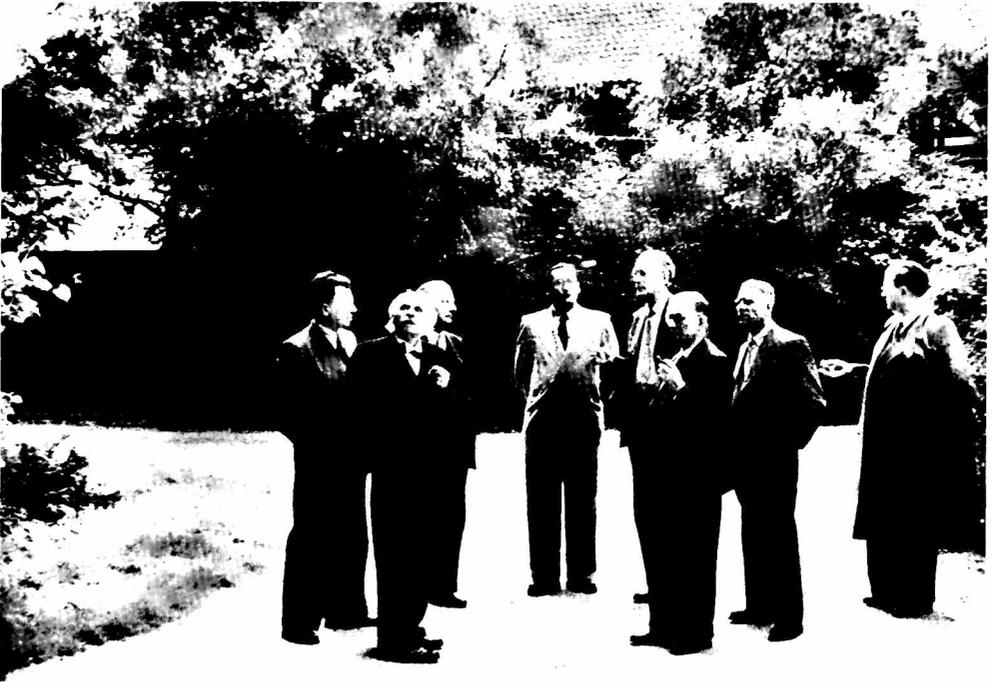


Abb. 1 Mitglieder des Spiritus-Kreises auf einem gemeinsamen Ausflug nach Wernigerode 1956 (v. l. n. r.): Karl BISCHOFF, Paul MENZER, Otto EISSFELD, Kurt ALAND, Horst-Wolf SCHUBERT, Hans AHRBECK, Erich HOFFMANN, Bernd LUEKEN (Foto aus Familienbesitz, Nachlass GALLWITZ). Mit herzlichem Dank für die freundliche Vermittlung und die Wiedergabeerlaubnis an Frau Dr. Sybille GERSTENGARBE.

(1904–1989) und der Landeskonservator Horst-Wolf SCHUBERT (1903–1977). Der Abend fand bei Erich HOFFMANN am 15. März 1958 statt, die Wohnung wurde abgehört und visuell überwacht.<sup>57</sup> Aus dem gewaltigen Protokoll, Wolfgang JAHN hatte als „Egon“ (Monatseinkommen zu dieser Zeit 250 Mark<sup>58</sup>) fünfeinhalb Stunden die Stimmen von Band identifiziert,<sup>59</sup> wurden einige Sätze herausgerissen, die ALAND und Erich HOFFMANN zugeschrieben wurden. Es wird deutlich: getroffen werden sollten keine Emeriti, keine Mediziner, keine Naturwissenschaftler, keine „unentbehrlichen“ Personen. ALAND war als Theologe ehemals entbehrlich und Erich HOFFMANN stand als Agrarwissenschaftler seit langem unter Beschuss wegen „bürgerlicher“ Agrarökonomie. ALAND habe ein angebliches Minimalprogramm für den Spirituskreis aufgestellt mit den Sätzen: „1. Was ist der Sozialismus, 2. An unserer Fakultät wollen wir weder einen Parteisekretär noch einen FDJ-Sekretär.“ Zudem habe er zu mehr Einigkeit bei der Erfüllung der Verantwortung der Spiritusmitglieder an der Universität aufgerufen. Es müsse sehr viel mehr „Widerstand“ geleistet werden.

<sup>57</sup> Vgl. ebd, Bl. 169

<sup>58</sup> Vgl. Leutnant TRAUTSCHS Einschätzung über den GM „Egon“ vom 13. 8. 1958, BStU, ASt Halle, AIM 3604/68, P, Bl. 71 f.

<sup>59</sup> Vgl. Bericht TRAUTSCHS über den „Sondereinsatz“ des GM „Egon“ vom 31.3.58, ebd, P, Bl. 69

HOFFMANN habe geäußert, sich zuweilen als „Strafgefangener“ an der Universität zu fühlen.<sup>60</sup>

Zwei Tage später wurde der Operativ-Vorgang (OV) „Ketzer“ eingeleitet<sup>61</sup> – Grundtenor des 25-seitigen Eröffnungsberichts und des 72-seitigen Fortsetzungsberichts:<sup>62</sup> der „Spiritus“ arbeite seit zehn Jahren illegal in staatsgefährdender und staatsverräterischer Richtung. Das MfS hatte schnell eine Achse Spiritus – Theologische Fakultät – ESG – Magdeburger Kirchenleitung – Westberlin konstruiert, um eine organisierte Vernetzung DDR-feindlicher Organisationen behaupten und in den Zusammenhang des „Spiritus“ stellen zu können. Zahlreiche Berichte von IM, die auf alle Personen angesetzt waren, schienen die Vorwürfe zu bestätigen. Neben Informationen, die auf eine enge Verbindung der Professoren zur ESG zu deuten schienen, wie etwa die Tatsache, dass einige dort Vorträge hielten und ESG-Studenten Stipendien finanzierten, tauchte Erich HOFFMANNs persönliche Beziehung zum Magdeburger Bischof Johannes JÄNICKE auf.<sup>63</sup> Gipfelaussage: die Professoren seien der evangelischen Kirche „bedingungslos ergeben“ und ALAND und AHRBECK verfügten über Kenntnisse in der konspirativen Arbeit bereits auf Grund ihrer Erfahrung als Mitarbeiter illegaler Jugend- bzw. Pfarrerkreise der Bekennenden Kirche während der NS-Zeit, die sie nun gegen die DDR einsetzten.<sup>64</sup> Deutlicher konnte das Weltbild des MfS kaum dargestellt werden! Ziel des OV „Ketzer“ war es, die beschuldigten Professoren nach dem erst seit kurzem existierenden Strafrechtsergänzungsgesetz zu einer Zuchthausstrafe von nicht unter fünf Jahren zu verurteilen und ihr Vermögen einzuziehen.<sup>65</sup> Dieses Vorhaben hatte zunächst allerdings keine direkten Folgen. Die Parteiführung in Berlin, die über die halleischen Vorgänge unterrichtet war, plante offensichtlich, das Programm der „sozialistischen Universität“ im Rahmen einer breit angelegten propagandistischen Kampagne an der halleischen Universität exemplarisch durchzuführen. Erster Schritt war nach diesem Programm die Auseinandersetzung mit „revisionistischen“ Strömungen innerhalb der Partei. Sie fand am 12. April im Rahmen eines Forums mit Walter ULBRICHT im Haus der Gewerkschaften statt. Öffentlich attackiert, beurlaubt und nach Parteiverfahren aus der SED ausgeschlossen wurden der Sportwissenschaftler Gerhard LUKAS, der Pädagoge Hans Herbert BECKER und der Historiker Günter MÜHLPFORDT.<sup>66</sup> Der zweite Schritt, die Fortsetzung des Forums, war für den 21. April 1958 geplant und sollte als Schwerpunkt den öffentlichen Affront gegen den Spiritus, gegen Kurt ALAND und Erich HOFFMANN haben. Generalstabsmäßig nahm das MfS die Vorbereitung in seine Hände. Für jeden Komplex war ein Redner vorgesehen: Ingrid SCHULZE mit einem Beitrag gegen ALAND und den Landeskonservator SCHUBERT,<sup>67</sup> Wolfgang JAHN gegen den Spiritus, der ein

---

<sup>60</sup> Vgl. BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 1, Bl. 181 f.

<sup>61</sup> Vgl. Beschluß der BVfS Halle über das Anlegen eines Operativ-Vorgangs, 28.3.58, ebd, Bl. 165 f.

<sup>62</sup> Vgl. Sachstandsbericht TRAUTSCHS und RICHTERS vom 28. 3. 1958, ebd, Bl. 167–191; vgl. auch 72-seitigen Sachstandsbericht vom 12. 4. 1958, ebd, Bd. 2, Bl. 130–201

<sup>63</sup> Erich HOFFMANN war jahrelanges Mitglied der Synode der Kirchenprovinz Sachsen.

<sup>64</sup> Vgl. ebd, Bl. 135

<sup>65</sup> Vgl. ebd, Bl. 150. Mit dem hier genannten § 13 des StEG wurden diejenigen Personen bedroht, denen das Vorhaben nachzuweisen war, „die verfassungsmässige Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik durch gewaltsamen Umsturz oder planmässige Untergrabung zu beseitigen“.

<sup>66</sup> Vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 270 f.

<sup>67</sup> Auszugsweise abgedruckt ebd, Bl. 730–734

„Geist“ sei, „der unserer Zeit nicht mehr entspricht, [...] den niemand offen sieht, der aber die Atmosphäre vergiftet und wie alle mystisch[en] und dunklen großen Gestalten großen Schaden anrichtet“,<sup>68</sup> ein ML-Assistent gegen Erich HOFFMANN, der sich an den „Theoretikern der Junker und Kapitalisten“ orientiere,<sup>69</sup> und der am 12. April angegriffene LUKAS mit einem Beitrag gegen sich selbst und Hans AHRBECK.<sup>70</sup> Alle vier hatten ihre Reden auszuformulieren, dem MfS vorzulegen und in Absprache mit den Offizieren auswendig zu lernen. Vor etwa 1 000 Personen, darunter zahlreiche bestellte Parteifunktionäre und Brigaden der halleschen Arbeiterschaft, fand das Forum am 21. April unter teilweise tumultuarischen Zuständen statt. ULBRICHT selbst griff den Spiritus und die Genannten persönlich an, unterstellte ihnen, von der Magdeburger Kirchenleitung und Westberlin „gesteuert“ zu werden, und kündigte an, dass künftig gegenüber den „Gespenstern“ an der Universität keine Geduld mehr aufgebracht würde. Einige Personen, so der Präsident der Leopoldina Kurt MOTHES und die Mediziner Erwin REICHENBACH und Horst HANSON, widersprachen ULBRICHT öffentlich und wandten sich sowohl gegen die Attacken gegen ihre Kollegen als auch gegen die Forderung, der Marxismus-Leninismus müsse Grundlage jeder Wissenschaft werden. Nach dem Eindruck einiger Anwesender trieben sie ULBRICHT gar „in die Enge“.<sup>71</sup> Wenigstens legte ULBRICHT anschließend in einer Konferenz mit der Bezirksleitung der SED und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit fest, keine Verhaftungen vorzunehmen, sondern den Komplex propagandistisch auszuwerten und ALAND und HOFFMANN stellvertretend für den Spiritus persönlich zu belangen.<sup>72</sup> Grund dafür, so die MfS-interne Angabe, sei die „Intelligenzpolitik der Partei“.<sup>73</sup> Massenabwanderungen sollten so vermieden werden, obwohl letztlich genau das Gegenteil eintrat.

Zunächst wurde Rektor STERN beauftragt, eine außerordentliche Sitzung des Akademischen Senats einzuberufen und zu erreichen, dass sich der Senat von der „feindlichen“ Gruppe Spiritus distanzieren und disziplinarische Schritte gegen ALAND und Erich HOFFMANN einleite. Die Sitzung fand bereits einen Tag nach dem Forum mit ULBRICHT statt, dauerte zwölf Stunden und artete nach dem Eindruck der „bürgerlichen“ Senatoren in ein polizeimäßiges Verhör aus, bei dem die meist mitteldreißigjährigen SED-Senatoren Wolfgang JAHN, John LEKSCHAS, Horst EBSCHBACH, FDJ-Sekretär Gerhard BEHNKE und andere heftige Angriffe gegen die „Bürgerlichen“ richteten.<sup>74</sup> Besonders Hans AHRBECK, selbst Spiritus-Mitglied, musste sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, der Kreis sei eine staatsfeindliche „zweite Leitung“ der Universität.<sup>75</sup> Im Ergebnis wurden Erich HOFFMANN und ALAND, der sich gerade im Ausland befand, von ihren Professuren beurlaubt, wobei STERN und andere im Falle ALANDS immer wieder durchblicken ließen, dass strafrechtliche Schritte nicht ausgeschlossen seien<sup>76</sup> – Solidarierungen sollten und konnten so vermieden werden. Der

---

<sup>68</sup> Vgl. BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 44–48

<sup>69</sup> Vgl. ebd., Bl. 58–61

<sup>70</sup> Vgl. ebd., Bl. 33 f.

<sup>71</sup> Vgl. Informationsbericht der UPL (GUSCHL) vom 2. 5. 1958, LA Merseburg, IV/2/902/1404

<sup>72</sup> Vgl. Bericht Oberleutnant NISTLERS vom 25. 4. 1958, BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 213

<sup>73</sup> Vgl. Abschlußbericht zum OV „Ketzler“ vom 16. 1. 1959, ebd., Bd. 5, Bl. 292

<sup>74</sup> Vgl. Protokoll der außerordentlichen Senatssitzung ebd., Bl. 64–193 (130 Blatt!)

<sup>75</sup> Vgl. ebd., Bl. 69, 79 f.

<sup>76</sup> Vgl. ebd., Bl. 68

Spiritus-Kreis wurde in einer Kampfabstimmung mit 13 Befürwortungen bei sechs Stimmenthaltungen aufgelöst, wobei immerhin zwei „Bürgerliche“ für die Auflösung stimmten.<sup>77</sup>

Ihren Höhepunkt fand die Attacke gegen ALAND und den Spiritus in einem Artikel im „Neuen Deutschland“ unter dem Titel „Der Großinquisitor mit dem kurzen Arm“<sup>78</sup> und in einer zwanzigseitigen Sonderbeilage im „Neuen Deutschland“ über das halleische Forum mit ULBRICHT.<sup>79</sup> An der Universität hob nun auf verschiedensten Ebenen die Kampagne gegen die „Bürgerlichen“ an. Während Ingrid SCHULZE in ein Erholungsheim des MfS bei Bad Frankenhausen gebracht wurde,<sup>80</sup> geht aus abgehörten Telefonaten hervor, dass die von der SED attackierten Professoren sogar unter psychosomatischen Beschwerden litten,<sup>81</sup> und ein Agrarwissenschaftler klagte, dass er, wenn er genauso wie sein Kollege Gustav KÖNNECKE angegriffen würde, „auf anständige Art aus dem Leben scheiden“ werde.<sup>82</sup> Die Vorfälle in Halle seien „Banditismus“, für den „alle“ sich noch verantworten müssten.<sup>83</sup> An der Medizinischen Fakultät kam es zu tumultuarischen Szenen, als Staatsvertreter bei Versammlungen von der vorwiegend kirchlichen Ärzteschaft forderten, sie müssten den Marxismus-Leninismus ideologisch und persönlich voll vertreten. Dekan REICHENBACH geriet von staatlicher Seite unter erheblichen Druck.<sup>84</sup> Unter den Naturwissenschaftlern war es vor allem der Mathematiker Ott-Heinrich KELLER, seit langem für seine resistente Haltung bekannt, der das Verfahren gegen ALAND und Erich HOFFMANN für unmöglich erklärte und eine Stellungnahme des Rates der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät gegen das Verbot des Spiritus forderte.<sup>85</sup> An der Theologischen Fakultät gaben Studenten und Assistenten Vertrauenserklärungen für ALAND ab und waren trotz erheblicher Drohungen von Seiten des Prorektors Rudolf HERRMANN nicht zur Abstandnahme zu bewegen.<sup>86</sup> In den Nächten gab es Protestflugblattaktionen gegen das ALAND-Verfahren, so dass die Parteileitung einen aus 15 Genossen bestehenden

---

<sup>77</sup> Vgl. ebd, Bl. 194. Der Stimme enthielten sich die Professoren AHRBECK, Walther HOFFMANN, HANSON, REICHENBACH, KÖNNECKE und Arno LEHMANN.

<sup>78</sup> Vgl. „Neues Deutschland“ vom 24. 4. 1958. Der Artikel entsprach inhaltlich im wesentlichen den Ausführungen Ingrid SCHULZES vom 21. 4. 1958.

<sup>79</sup> Vgl.: Über Fragen der sozialistischen Bewußtseinsbildung: Antwort des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, auf Fragen von Wissenschaftlern, Lehrern und Werktätigen auf dem Diskussionsabend des Deutschen Kulturbundes in Halle am 21. April 1958. Sonderbeilage des „Neuen Deutschland“ vom 29. 4. 1958

<sup>80</sup> Vgl. Notiz TRAUTSCHS vom 12. 5. 1958, BStU, ASt Halle, VIII 945/60 (MfS-Signatur), P, Bl. 50. Für ihr Referat auf dem Forum am 21. 4. 1958 erhielt SCHULZE vom MfS den Betrag von 500 Mark, vgl. ebd, Bl. 63.

<sup>81</sup> Vgl. Bericht über „Stellungnahmen“ dreier, dem Spiritus-Kreis angehörender Professoren, BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 15–17

<sup>82</sup> Vgl. Bericht TRAUTSCHS über die Lage an der Universität vom 28. 5. 1958, ebd, Bd. 5, Bl. 173

<sup>83</sup> Bericht des GM „Sternheim“ (Verwaltungsdirektor Leopold JACOBSON) vom 11. 9. 1958, BStU, ASt Halle, AIM 1171/89, A1, Bl. 83

<sup>84</sup> Vgl. z. B. Äußerung JAHNS bei der Sitzung des Senats am 9. 5. 1958, BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 5, Bl. 56 u. ö.

<sup>85</sup> Vgl. Äußerung STERNS bei der Sitzung des Senats am 9. 5. 1958, ebd, Bl. 28 f.

<sup>86</sup> Vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 280–285

nächtlichen Wachdienst einrichtete.<sup>87</sup> Dafür wurde die halleische CDU zu einer Distanzierungserklärung von ALAND und dem Spirituskreis veranlasst und dazu gebracht, den Kurs der „sozialistischen Universität“ zu akzeptieren.<sup>88</sup>

Bei der zweiten außerordentlichen Senatsitzung am 9. Mai kam es zu einem Eklat, weil sieben „bürgerliche“ Senatoren durch Erwin REICHENBACH eine Erklärung abgaben, in der sie die Verfahrensweise der SED-Mitglieder des Senats in den Fällen ALAND, HOFFMANN und Spiritus als „den Aufgaben, der Würde und dem Ansehen“ der Universität widersprechend bezeichneten.<sup>89</sup> Dies habe die Grundlage für eine „Vertrauenskrise“ bereitet. „Alte, vertrauensvolle Leute“ seien in ein „Kreuzverhör“ genommen worden, so begründete der Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät Walther HOFFMANN.<sup>90</sup> Eine zweite Erklärung wurde von Rektor STERN noch nicht einmal bekannt gegeben. Sie kam von sechs Mitgliedern des Spiritus, die die antisozialistischen Unterstellungen gegen den Kreis entschieden zurückwiesen.<sup>91</sup>

Mittlerweile waren die Disziplinarverfahren gegen ALAND und Erich HOFFMANN im vollen Gange. HOFFMANN schied aus seiner Professur aus und nahm eine Beschäftigung auf einem Volkseigenen Gut an. Gegen ALAND wurden zwar keine strafrechtlichen Schritte eingeleitet, aber der Strafrechtler John LEKSCHAS, als zu diesem Zeitpunkt 33-jähriger Dekan der Juristischen Fakultät, leitete ein scharfes, von jedem rechtsstaatlichen Denken weit entferntes Disziplinarverfahren gegen ALAND. Keine der Richtigstellungen ALANDS, der gefordert hatte, alle seine Assistenten zu SCHULZES Vorwürfen zu befragen und SCHULZE selbst fachärztlich untersuchen zu lassen (er war dabei von Erwin REICHENBACH und Dekan Arno LEHMANN voll unterstützt worden), wurden geprüft. Die Anwürfe SCHULZES nahm LEKSCHAS hingegen für voll erwiesen an – das Ziel der Untersuchung stand ja von vornherein fest.<sup>92</sup> Im Ergebnis dieses umfassenden Verfahrens wurde ALAND gegen die Stimmen der dem Disziplinarausschuss angehörenden Walther HOFFMANN und Arno LEHMANN fristlos aus seiner Professur entlassen – ein für die Theologischen Fakultäten einmaliger Fall in vierzig Jahren DDR.<sup>93</sup> Er verließ die DDR im Sommer 1958, erhielt zunächst in Münster nur eine Assistentenstelle, seine umfangreiche Bibliothek wurde konfisziert.<sup>94</sup> Neben ALAND verließen der Germanist BISCHOFF, der Historiker HAUSSHERR, der Phi-

---

<sup>87</sup> „Kommilitonen!!! Entbehrt nicht die Beurlaubung von Prof. D. Aland jeder rechtlichen Grundlage??? Wo bleibt das Mitbestimmungsrecht der Studenten????!“ Bericht Oberleutnant NISTLERS vom 25. 4. 1958, BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 215; Kurzinformation der UPL (GUSCHL) an die Abteilung Wissenschaften des ZK vom 26. 4. 1958, SAPMO, DY 30, IV/2/904/529

<sup>88</sup> Vgl. STENGEL, Theologische Fakultäten, 283 f.

<sup>89</sup> Vgl. Erklärung der Professoren REICHENBACH, HANSON, Walther HOFFMANN, HÜSING, KÖNNECKE, Arno LEHMANN, AHRBECK, 9. 5. 1958, BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 260, abgedruckt bei STENGEL, Theologische Fakultäten, 743

<sup>90</sup> Vgl. BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 30 f.

<sup>91</sup> Erklärung der Professoren SCHNEIDER, AHRBECK, GALLWITZ, HAUSSHERR, LUEKEN, BISCHOFF, ebd., Bl. 259, abgedruckt bei STENGEL, Theologische Fakultäten, 743

<sup>92</sup> ALAND hatte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion am 24. 4. 1958 gegenüber Prorektor JAHN gefordert, ein „Ermittlungsverfahren der Staatsorgane“ gegen ihn selbst einzuleiten, vgl. ebd., 280. Offensichtlich war er der Hoffnung, daß sich SCHULZES Vorwürfe in einem gerichtlichen Verfahren nicht halten lassen könnten.

<sup>93</sup> Zum Disziplinarverfahren gegen ALAND vgl. ebd., 287–291, 736–742.

<sup>94</sup> Vgl. ebd., 291

lologe Erich REITZENSTEIN und viele andere die DDR. Der Geologe Hans GALLWITZ verstarb noch 1958 während einer Zugfahrt 62-jährig.<sup>95</sup> Die Dekane REICHENBACH und Walther HOFFMANN traten zurück, HOFFMANN ging nach Westberlin. Rektor STERN trat nach Ablauf der Legislaturperiode nicht noch einmal als Rektor an. Im Herbst 1958 hatte Halles *Alma mater* die Höchstquote an flüchtigen Studenten und Wissenschaftlern aufzuweisen.<sup>96</sup> Beispielsweise musste die Frauenabteilung der Universitätsklinik schließen, weil sämtliche Ärzte und Operationsschwestern in den Westen gegangen waren, mit der allgemeinen Begründung, dass sie die Entwicklung einer sozialistischen Universität nicht unterstützen wollten.<sup>97</sup> Die Universitätsparteileitung und STERN machten sich in umfangreichen Pamphleten und Briefen an ULBRICHT gegenseitig für die katastrophalen Folgen der Kampagne verantwortlich;<sup>98</sup> STERN benannte die radikalen Methoden JAHNS und BÜNTIGS,<sup>99</sup> diese wiederum machten die Abwerbung des Gegners als Hauptgrund aus.<sup>100</sup> Der OV „Ketzer“ wurde zwar geschlossen – er diente fortan der Stasi-Hochschule in Potsdam als exemplarisches Schulungsmaterial,<sup>101</sup> Leutnant TRAUTSCH ermittelte aber in einem neu angelegten OV „Komet“ weiter gegen die Leopoldina namens Kurt MOTHES und andere.<sup>102</sup> Die UPL machte aber eine für die weitere Geschichte Halles wesentliche Beobachtung: die „feindlichen Kräfte“ habe man zwar bekämpfen, aber nicht „isolieren“ können. Sie seien in die Illegalität und Konspiration gedrängt worden und hätten ihre politische Einstellung nicht verändert.<sup>103</sup>

Sogar internationale Solidarisierungen mit ALAND in Telegrammen und Petitionen<sup>104</sup> hatten keinen Erfolg, während es innerhalb der DDR kaum jemand wagte, sich hinter ihn zu stellen. Für die psychische Befindlichkeit der Hochschullehrerschaft dürfte kennzeichnend sein, was das MfS als Reaktion von Leipziger Theolo-

---

<sup>95</sup> GALLWITZ war auf der ersten außerordentlichen Senatssitzung am 22. 4. 1958 besonders scharf angegriffen worden, vgl. BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 3, Bl. 94–96 u. ö. – Vgl. GERSTENGARBE, Sybille: Das Mitglied der Leopoldina Hans Gallwitz und seine Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht 1946 – 1958. Hallesches Jb. Geowiss. B 19 (1997): 17–36

<sup>96</sup> Vgl. Schreiben Leo STERNS an Bernhard KOENEN vom 26. 7. 1958, LA Merseburg, IV/2/902/1405

<sup>97</sup> Die westdeutsche Tageszeitung „Die Welt“ berichtete in einer kurzen Notiz am 26. 8. 1958 von der Republikflucht ALANDS, des Jenaer Dermatologen Josef HÄMEL, mehrerer hallescher Ärzte und der Schließung der Frauenabteilung der Uni-Klinik.

<sup>98</sup> Vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 292 f.

<sup>99</sup> Vgl. STERN an KOENEN, wie Fn. 95

<sup>100</sup> Vgl. Schreiben JAHNS an die Bezirksleitung der SED vom 18. 12. 1958, abgelegt in seiner IM-Akte, BStU, ASt Halle, AIM 3604/68, P, Bl. 83–87

<sup>101</sup> Vgl. BStU, ZA, JHS RF/49, Schulungsmaterial 1959; JHS Z 316/59: „politisch-operative Arbeit des MfS bei der Bearbeitung und Zerschlagung des Spiritus-Kreises – einer staatsfeindlichen Gruppierung bürgerlicher Professoren an der Universität Halle“

<sup>102</sup> Vgl. BStU, ASt Halle, AOP 3557/69. – Vgl. auch den Beitrag GERSTENGARBE in diesem Band.

<sup>103</sup> Vgl. Bericht der halleschen UPL: „Kampf der Parteileitungen der Universität um die Durchsetzung der Politik der Partei seit 1953“, vermutlich von Ende 1958, LA Merseburg, IV/2/902/1405

<sup>104</sup> Mehrere britische Theologen und die gesamte Bonner Theologische Fakultät baten in Telegrammen und Schreiben an STERN und den Staatssekretär für Kirchenfragen um die Weiterbeschäftigung ALANDS oder gaben Leumundszeugnisse ab, vgl. STENDEL, Theologische Fakultäten, 293.

gen notierte: Der Fall ALAND habe gezeigt, dass auch die so „mächtig Schreienden“ gestürzt werden könnten. Man müsse sich also „noch mehr in Acht nehmen“.<sup>105</sup>

Um am Ende einen Bogen zum Anfang meiner Ausführungen zu schlagen: für die Theologischen Fakultäten hatte der Fall ALAND zusammen mit den anderen gravierenden Ereignissen am Ende der fünfziger Jahre die Folge, dass die Zahl ihrer Studierenden rapide abnahm. Etwa 50 % aller Theologiestudenten studierten fortan an den Kirchlichen Hochschulen. So hatten die Frontalangriffe auf die Fakultäten die eigenartige Folge, dass die SED ihre politisch-ideologischen Anforderungen an die Universitätstheologie immer wieder zurücknehmen musste, wollte sie doch an dem Ziel festhalten, Einfluss auf die künftigen Pfarrer zu nehmen. Grundlage dafür war es freilich, die Abwanderung der Studenten an die Kirchlichen Hochschulen zu verhindern, die zu verbieten zwar erwogen, aber als außerhalb des politisch Tragbaren angesehen wurde. Das Vorgehen der SED gegenüber den Theologischen Fakultäten unterlag so immer einer gewissen Selbstbeschränkung, denn: je stärker der ideologische Druck und die Repressivität des Vorgehens, desto geringer die Studentenzahlen. Das eigentliche Ziel der SED-Politik gegenüber den Theologischen Fakultäten, die Erziehung eines in ihrem Sinne „fortschrittlichen“ Pfarrertyps, konnte daher – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht erreicht werden.<sup>106</sup>

### *Zusammenfassung*

Auf dem Hintergrund der Einflussnahme von Regierung und Staatspartei (SED) auf die Theologischen Fakultäten der DDR (Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig und Jena), die entgegen der Praxis in den übrigen Ostblockstaaten erhalten blieben, werden die konkreten Verhältnisse an der halleschen Universität – als „reaktionäres“ Nest verschrien – und die Kampagne der SED gegen bürgerliche und kirchliche Hochschullehrer untersucht, die 1958 ihren Höhepunkt fand. An den wichtigsten Punkten der halleschen Universität befanden sich damals zahlreiche nicht gleichgeschaltete Professoren und zudem bestand ein enger Kontakt zwischen Theologen, Medizinern und Naturwissenschaftlern. Im Senat stand den gemäß neuen staatlichen Anweisungen obligatorischen Vertretern von FDJ, FDGB und UPL eine recht sichere Fraktion von neun „bürgerlichen“ Senatoren gegenüber. Zahlreiche Institute wurden von Professoren geleitet, die von SED und MfS als „bürgerlich“ betrachtet und Ermittlungsobjekte der Staatssicherheit wurden, darunter auch der Präsident der Leopoldina, Kurt MOTHES.

Besonderes Augenmerk erhält der „Spiritus-Kreis“, ein lockerer Gesprächskreis von zwölf Professoren verschiedener Fakultäten und seine „Zerschlagung“ mit dem direkten Eingreifen des Staatsratsvorsitzenden Walter ULBRICHT und der disziplinarischen Entfernung des Theologen Kurt ALAND und des Agrarwissenschaftlers Erich HOFFMAN von der Universität – stellvertretend für den „Spiritus-Kreis“. Grund dafür, dass keine Mediziner oder Naturwissenschaftler, also keine „unentbehrlichen“ Personen getroffen werden sollten, so die MfS-interne Aussage, sei die „Intelligenzpolitik der Partei“. Massenabwanderungen sollten vermieden werden, obwohl letztlich genau das Gegenteil eintrat.

---

<sup>105</sup> Der Leipziger Neutestamentler Christoph HAUFE (GM „Blume“) gab diesen Stimmungsbericht an Friederun FESSEN (GI „Irene“) weiter, die ihn ihrem Führungsoffizier mitteilte, von dort gelangte er auch in den OV „Ketzler“, vgl. BStU, ZA, AIM 2023/60, A2, Bl. 108 f.; BStU, ASt Halle, AOP 46/59, Bd. 5, Bl. 183 f.

<sup>106</sup> Vgl. STENGEL, Theologische Fakultäten, 669–677

Nach der Auflösung des „Spiritus-Kreises“ wurde in einem neuen Operativen Vorgang des MfS (OV „Komet“) weiter gegen die Leopoldina als „reaktionärem Zentrum“ ermittelt (vgl. auch den Beitrag GERSTENGARBE in diesem Band), und die UPL konstatierte, die „feindlich-negativen Kräfte“ habe man zwar bekämpfen, aber nicht „isolieren“ können. Sie seien in die Illegalität und Konspiration gedrängt worden und hätten ihre politische Einstellung nicht verändert.

Die Frontalangriffe der SED auf die Theologischen Fakultäten hatten die eigenartige Folge, dass sie ihre politisch-ideologischen Anforderungen immer wieder zurücknehmen musste, wollte sie doch an dem Ziel festhalten, Einfluss auf die künftigen Pfarrer zu nehmen. Aber: je stärker der ideologische Druck und die Repressivität des Vorgehens, desto stärker die Abwanderung von den Universitäten an die Kirchlichen Hochschulen. Die Erziehung eines in ihrem Sinne „fortschrittlichen“ Pfarrertyps konnte deshalb (von Ausnahmen abgesehen) ebenfalls nicht erreicht werden.

### *Summary*

#### *The Martin Luther University of Halle-Wittenberg in the 1950<sup>th</sup>: An illustration of the State Party's (SED) ecclesiastical politics in relation to the universities in the GDR*

Against the background of the pressure of the Government and State Party (SED) on the Theological Faculties of the DDR (Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig, and Jena), which - in contrast to what happened in the other Eastern Bloc states - remained intact, this contribution considers the internal situation of the University of Halle - which was characterized as a "reactionary nest" - and the campaign of the SED, which reached its peak in 1958, against the traditionally oriented professors of the faculties of science, medicine and theology. At this time, in important positions of the university there were many professors who did not specifically follow the party line. There was also close contact between professors of theology, medicine and science. In the Senate there were two groups of senators: the representatives of FDJ, FDGB and UPL, which were foisted on the university by new orders of the State, and nine traditionally-minded professors, who were of firm opinions. Directors of numerous institutes were characterized as "bourgeois" by the SED and MfS and were investigated by the State Security organization. Among those so investigated was the president of the Leopoldina, Kurt Mothes.

Particular attention is given to the "Spiritus-Kreis" ("spirit circle"), a loose association of twelve professors from various faculties, and the destruction of this association by a direct initiative of the Head of State, Walter Ulbricht, and by the dismissal of the theologian Kurt Aland and the professor of agriculture Erich Hoffmann from their university posts by a disciplinary procedure; after their dismissal the "Spiritus-Kreis" was forbidden. The reason why no professor of medicine or science - that is no "necessary" person - was involved, was, according to internal MfS documents, the "Intelligenzpolitik der Partei" (i. e. current policy of the Party towards intellectuals). Mass moves of intellectuals should be avoided - though this is just what eventually did occur.

Even after the disbanding of the "Spiritus-Kreis" the Leopoldina was considered a "centre of reaction" and was the subject of another "Operativer Vorgang" (investigative procedure by the State Security) (cf. the contribution by Gerstengarbe in this volume). The UPL confirmed that it had been possible to combat the "enemy-negative forces", but not to "isolate" them; they had been forced into illegality and conspiracy, but had not changed their political attitude.

The SED's frontal attack on the Theological Faculties had the singular consequence that it constantly had to take back its political-ideological demands if it wanted to keep to its aim of influencing future pastors. But the stronger the ideological pressure and the repressiveness of the procedure, the more pronounced was the migration from the universities to the Theological Colleges. The education of a "progressive" type of pastor (according to the SED) was therefore anyway impossible - with some exceptions - to achieve.

*Résumé*

*La Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg dans les années cinquante:  
Une illustration de la politique du parti socialiste unifié d'Allemagne (SED)  
face à l'Eglise et aux écoles supérieures.*

L'auteur examine ici la situation concrète de l'Université de Halle – décrite comme repaire réactionnaire – et la campagne menée par le Parti socialiste unifié d'Allemagne (SED) contre les enseignants des écoles supérieures traditionnelles et religieuses, qui trouva son apogée en 1958, avec pour toile de fond la tentative du gouvernement et du parti d'Etat (SED) de gagner en influence sur les facultés de théologie de la RDA (Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig et Jena) qui furent maintenues contrairement à ce qui se passa dans les autres pays du bloc Est. À l'époque, de nombreux professeurs non-conformistes se trouvaient aux postes clés de l'Université de Halle. Il existait en outre un contact étroit entre théologiens, scientifiques et professeurs de médecine. À l'assemblée universitaire, une fraction de neuf députés « bourgeois » se dressait bien d'aplomb face aux représentants de la Jeunesse libre allemande (Freie Deutsche Jugend), de la Confédération syndicale libre allemande (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) et de la Direction du parti universitaire (Universitätspartei-leitung), tous imposés par une nouvelle directive d'Etat. De nombreux départements étaient dirigés par des professeurs considérés comme bourgeois par le SED et le Ministère de la sécurité intérieure de la RDA (MfS), dont notamment, Kurt Mothes, le président de la Leopoldina.

Le « Spiritus-Kreis », un cercle libéral de douze professeurs venant de différentes facultés, sa « mise en pièces » par l'intervention directe du président du Conseil d'Etat Walter Ulbricht, ainsi que le renvoi disciplinaire de l'Université du théologien Kurt Aland et du professeur d'agronomie Erich Hoffmann – adjoints au « Spiritus-Kreis » – retiennent particulièrement l'attention. La raison pour laquelle aucun professeur de médecine ou de sciences naturelles – aucune personne « irremplaçable » donc – ne fut touché était, selon un communiqué du MfS-interne, « la politique intellectuelle du parti ». Des émigrations massives auraient ainsi dû être évitées, alors que finalement ce fut exactement le contraire qui se produisit.

Après la dissolution du « Spiritus-Kreis », des éléments supplémentaires contre la Leopoldina, en tant que « centre réactionnaire », furent exposés dans une nouvelle démarche du MfS (Operativer Vorgang « Komet » ; à ce sujet, voir aussi la contribution de Sybille Gerstengarbe dans ce volume). La Direction du parti universitaire (ULP) constata qu'on avait certes combattu les « forces ennemies négatives » mais qu'on n'avait pu les « isoler ». Elles avaient été poussées à l'illégalité et à la conspiration sans modifier pour autant leur prise de position politique.

L'attaque frontale des facultés de théologie par le SED eut une conséquence singulière : le SED se vit dans l'obligation de toujours revenir sur ses exigences politico-idéologiques, afin de conserver son but premier, celui de prendre un ascendant sur les pasteurs à venir. Mais plus la pression idéologique s'intensifiait, plus les procédés tendaient au répressif, plus grande aussi se faisait la migration des universités vers les écoles supérieures religieuses. De ce fait, la formation de pasteurs « avancés », ainsi que l'entendait le SED, ne put pas non plus être atteinte.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Friedemann Stengel, Steiler Berg 5, D-06114 Halle

## Diskussion

Diskussionsleitung: Sybille GERSTENGARBE (Halle)

Diskussionsbeiträge von: Barbara SCHUCHARDT (Halle), Andreas KLEINERT (Halle), Günther BUCHENAU (Halle), Günter BRUNS (Jena), Benno PARTHIER (Halle), Erna LÄMMEL (Halle), Gerhard WALLIS (Halle), Wilhelm PRITZKOW (Merseburg), Helmut HARTMANN (Des-sau), Wolfgang KELLER (Halle), Rüdiger THIELE (Leipzig), Regina MEYER (Halle)

GERSTENGARBE: Ehe wir in die allgemeine Diskussion eintreten, möchte ich ein paar Vorbemerkungen aus Sicht der Leopoldina machen. Was gab es für Verknüpfungspunkte zwischen den Kirchen und der Leopoldina in der DDR-Zeit? Zunächst aus der Sicht des MfS. In der Begründung für die Eröffnung des von Herrn STENDEL genannten OV „Komet“ wurde „der starke Einfluß religiöser Kräfte in der Leopoldina“ besonders betont. Dem MfS fiel eine Parallele zwischen Leopoldina und „der Kirche“ auf:

„Die Leopoldina ist (wie die Kirche) eine legale Organisation, über welche der Staat keinerlei Kontrolle ausübt, keinen Einfluß hat. Sie hat als Mitglieder zum großen Teil bürgerliche Professoren, die uns ablehnend gegenüber stehen. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn der Gegner diese legale Organisation nicht irgendwie ausnützt.“<sup>1</sup>

In einem IM-Bericht vom 19. 10. 1962 gibt es ein eigenes Kapitel zu diesem Thema:

### „VII. Einfluß der Kirche

Wenn auch der Einfluß der Kirche in den letzten 3 Jahren zurückgegangen ist, ist er an der Universität immer noch sehr stark. Unter den Studenten wirken vor allem die katholische und die evangelische Studentengemeinde. Beide sind von den vormals offen propagierten Zusammenkünften und Vorträgen zu konspirativer Arbeit übergegangen, die als solche nicht mehr an der Oberfläche sichtbar wird. Im Zusammenhang mit der im vergangenen Jahr geführten Diskussion über die Verteidigungsbereitschaft ist jedoch sichtbar geworden, dass beide Gruppen organisiert zielstrebig arbeiten und auch auf bestimmte Schichten unter den Studenten großen Einfluß besitzen. An der Landwirtschaftlichen Fakultät war es der KSG vorübergehend gelungen, ein ganzes Studienjahr unter ihren Einfluß zu bekommen.

Besonders stark arbeitet die Kirche unter dem Lehrkörper, dem wissenschaftlichen Nachwuchs und den Patienten. Nachweisbar singt der Kirchenchor in den Kliniken und haben die Pfarrer ungehinderten Zutritt, ob sie bestellt sind oder Nicht [sic]. Die [Name geschwärzt] als Kulturleiterin der Klinik ließ sich sogar einmal aus einem Zimmer vertreiben, weil ein Pfarrer das Abendmahl in diesem Raum erteilen wollte. Es ist bekannt, daß die evangelische Kirche bestimmte Rüstgottesdienste mit ausgesuchten Kreisen des Lehrkörpers durchführt. Ebenfalls die Leopoldina hält enge Verbindung zur evangeli-

<sup>1</sup> BStU, Außenstelle Halle, AOP 3557/69 OV „Komet“, Band I, Bl. 161: Bericht von GI „Förster“ vom 14. 11. 1958

sche [sic] Kirchenführung, wobei Prof. Lücken [gemeint ist Bernd LUEKEN] als Verbindungsmann dient.

[gez.] Halle, den 19. 10. 62 Egon“<sup>2</sup>

Tatsächlich gab es zwischen der Leopoldina und der Kirche in der DDR-Zeit einen wichtigen Bezug: einige bekannte westdeutsche Professoren, die zu den Jahresversammlungen der Leopoldina nach Halle kamen, hielten in beiden Studentengemeinden und in anderen Gemeinden der Stadt Halle, also im kirchlichen Rahmen, sehr stark frequentierte Vorträge. Aus eigenem Erleben weiß ich das von Carl-Friedrich VON WEIZSÄCKER, Bernhard HASSENSTEIN und Manfred EIGEN. Hier ergänzten sich Kirche und Leopoldina. Die Leopoldina machte es möglich, dass diese Wissenschaftler nach Halle kamen, und im Rahmen der Kirche konnten sie über allgemein interessierende Themen vortragen, die in der Leopoldina nicht öffentlich behandelt werden konnten.

Besonders die Vorträge von Carl-Friedrich VON WEIZSÄCKER wurden vom MfS argwöhnisch observiert. In einem handschriftlichen Bericht vom 12. April 1987 heißt es:

„Die Marktkirche war überfüllt; unten waren alle Sitzmöglichkeiten voll ausgelastet und in den 3 Rängen sowie unten standen auch viele Menschen, die keinen Platz mehr gefunden hatten. Prof. v. Weizsäcker sprach über das Verhältnis von Physik, Religion und Philosophie, ca. 45 Minuten ohne Manuskript. [...]

Danach gingen ESG-Mitglieder mit Zetteln durch die Kirche, wo jeder der wollte seine Fragen aufschreiben konnte. [...]

– Leben nach dem Tode A[ntwort]: weiß er auch nicht

[...] Zusammenfassend kann man sagen, daß der Vortrag von Prof. Weizsäcker sehr fachspezifisch war (das Thema wurde ihm vorgegeben). Meiner Meinung nach, wurde von vielen Zuhörern (meistens Jugendliche) der Vortrag nicht begriffen [...]<sup>3</sup>

Präsident PARTHIER wies in der letzten Zeit mehrmals darauf hin, dass die Leopoldina in der DDR-Zeit eine Anomalie war. Sie konnte sich tatsächlich einen ziemlich großen Freiraum bewahren. Auch die theologischen Fakultäten waren in meinen Augen eine Anomalie an den Universitäten, sicher in vielfältiger Hinsicht. Ich möchte auf eine Besonderheit der theologischen Fakultäten hinweisen. Wenn ein Student der Theologie exmatrikuliert wurde, fiel er nicht ins Nichts wie z. B. ein Biologie- oder Physikstudent. Er ging an eine der drei kirchlichen Ausbildungsstätten für Pastoren, wie im Vortrag bereits gesagt. Dies schuf einen wichtigen Freiraum für die Studenten. Der Leopoldinapräsident Kurt MOTHES argumentierte eine Zeit lang, wenn die Bedingungen für die Leopoldina hier zu schlecht würden, ginge die Akademie in den Westteil Deutschlands. Die Möglichkeit des Weggehens schafft Freiräume. Auch wenn das Weggehen im Falle der Leopoldina einen großen Verlust für die hiesigen Wissenschaftler bedeutet hätte.

Weder die Kirche noch die Leopoldina waren lokale bzw. auf die DDR beschränkte Einrichtungen. Die Leopoldina hatte besonders deshalb so viele Frei-

<sup>2</sup> BStU AIM 3604/68, Teil II, Band VII, Bl. 71

<sup>3</sup> BStU, Abt. XX, Sachakte Nr. 1438, Bl. 6–8: handschriftlicher Bericht über Vortrag VON WEIZSÄCKER

heiten in der DDR-Zeit, weil sie eine gesamtdeutsche Einrichtung war. Sie wurde aus Westdeutschland unterstützt und hatte immer den persönlichen Kontakt nach Westdeutschland. Für die fachlichen Inhalte, die in der Leopoldina besprochen wurden, gab es keine Grenzen. Auch die Verbundenheit der Kirchen (evangelisch und katholisch) über die Grenze hinweg konnte nicht verhindert werden. Auch die Kirchen in der DDR wurden von Westkirchen unterstützt. Und auch die theologischen Ideen kannten keine Grenzen.

SCHUCHARDT: Ich habe von 1956 bis 1962 in Halle studiert und diese Zeit sehr bewusst erlebt. Durch die vorgetragene, aktengestützte Untersuchung der Vorgänge dieser Zeit wird mir jetzt der Hintergrund deutlich für Gefühle, an die ich mich erinnere, wie Beklommenheit, Unsicherheit, Angst, und ich kann jetzt vieles besser verstehen.

Mit den Töchtern hier genannter Persönlichkeiten (HOFFMANN, REITZENSTEIN, LUEKEN) war ich (geborene KELLER) befreundet, und wir spürten, dass schwerwiegende Dinge im Gange waren, aber unsere Väter sprachen darüber nicht in der Familie – es lag aber häufig ein Kissen auf dem Telefon.

Unser Haus war mit dem Hause Erich HOFFMANN freundschaftlich eng verbunden, und wir merkten, dass Professor HOFFMANN in dieser Zeit und auch später sehr bedrängt wurde und dass er sehr darunter litt, nicht mehr junge Landwirte ausbilden zu dürfen. Professor HOFFMANN hat wiederholt in der Evangelischen Studentengemeinde vorgetragen, war viele Jahre Mitglied der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen und engagierte sich in Halle als Betriebswirtschaftler in Fragen der Struktur und der finanziellen Situation der Kirche sowie der rationellen Nutzung ihrer Immobilien. Er war ein sehr lebendiger und verantwortungsbewusster Gemeindechrist.

KLEINERT: Es wurde doch an den theologischen Fakultäten der DDR – genau wie an denen in Westdeutschland auch – hochkarätige wissenschaftliche Forschung geleistet. Über die wissenschaftlichen Inhalte dieser Forschungen haben Sie nichts gesagt. Deshalb würde mich interessieren: Gab es Versuche der SED, auch darauf Einfluss zu nehmen? Die Vermutung liegt ja nahe, weil es sich einfach um ein, sagen wir, ideologiebefruchtetes Fach handelt. Sie haben die Religiösen Sozialisten erwähnt. Das lässt natürlich gleich an die „Deutschen Christen“ denken, bei denen ja auch versucht wurde, von der Politik her Einfluss auf theologische Inhalte zu nehmen. Hat es so etwas in der SED-Zeit ebenfalls gegeben?

STENDEL: Es hat diese Versuche gegeben. Es gab vor allem Zeiten, wo Theologen untersagt wurde, nichttheologische Disziplinen zu lehren. Das war zum Beispiel Philosophie. Die Philosophievorlesung musste an der Theologischen Fakultät abgesetzt werden. Sie wurde allerdings weitergeführt, musste aber unter anderen Bezeichnungen firmieren. In die Kernbereiche der theologischen Wissenschaft einzudringen, ist der SED nicht gelungen. Der Diskurs in der gesamten DDR-Zeit zwischen Ost- und West-Theologie fand nach wie vor statt – von einigen Ausnahmen abgesehen. Diese Einschränkung muss man immer dazu sagen. Die Ausnahmen betrafen gewisse Randbereiche, praktisch-theologische Gebiete, es gab auch einige Leute im systematisch-theologischen Bereich, die den Gesellschaftsbezug zur DDR gefordert haben und aus linken Traditionen schöpfend beispielsweise den Religiösen Sozialismus in der DDR erfüllt sahen. Aber das waren verschwindend wenig; die tauchten allerdings permanent in der Presse auf. Aber in die Kernbereiche der theologischen Forschung ist kaum ein Eindringen möglich gewesen. Und das hat seinen guten Grund. Denn wäre das wirklich passiert – was praktisch

undenkbar ist –, wäre die systematische Theologie zum Marxismus-Leninismus konvertiert, dann hätten die Kirchen keine Absolventen mehr von den Fakultäten genommen, sondern nur noch von den kirchlichen Ausbildungsstätten. Diese Konkurrenz war ja segensreich und hielt die Theologischen Fakultäten am Leben, weil die Theologiestudenten etwa je zur Hälfte an die Kirchlichen Hochschulen und an die Fakultäten gingen.

BUCHENAU: Ich habe von 1950 bis 1955 an der Universität Halle Theologie studiert und mein Examen gemacht. Ich bin sehr dankbar, dass nicht nur die Hochschulpolitik in Bezug auf die theologischen Fakultäten hier so umfassend behandelt wurde, sondern auch – besonders in Ihren Anmerkungen, Frau Dr. GERSTENGARBE – auf die zum Teil wesentlich brutaleren Folgen dieser Politik für Studierende anderer Fakultäten aufmerksam gemacht wurde.

Zunächst eine winzige Korrektur: Das sogenannte wissenschaftliche Grundstudium mit den obligatorischen Vorlesungen Marxismus-Leninismus – das hieß damals dialektischer und historischer Materialismus – und politische Ökonomie galt schon ab mindestens 3. Oktober 1950. Die Geschichte dieses Studiums und seine Rezeption durch die Theologen ist, glaube ich, ein Beleg für eine Paulinische Vision: Der Apostel PAULUS hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Dinge, die zum Bösen bestimmt sind, in der Hand Gottes ganz andere Folgen haben können. War dieses Grundstudium dazu gedacht, die Theologen ideologisch zu disziplinieren und sie entsprechend zu beeinflussen, so hat es entgegen der Intention seiner Begründer dazu dienen müssen, dass Theologen zum Teil erstmalig mit wichtigen Einsichten der politischen Ökonomie etwa von Karl MARX und anderen vertraut wurden und anfangen, kritisch zu differenzieren zwischen dem, was man dialektischen und historischen Materialismus nannte und den Herausforderungen, die zu seiner Entstehung führten und seine Entwicklung hätten konsequenterweise beeinflussen sollen und können. Und das hat mit dazu beigetragen, dass in späteren Zeiten der DDR ein Dialog auch und gerade zu marxistischen Schriftstellern, Schriftstellerinnen, Liedermachern, Dichtern und so weiter beginnen konnte, und zwar ausgehend von den Christen – das muss man einfach einmal so deutlich sagen. In diesem gesellschaftlichen System, das jedes Gespräch mit gleichberechtigten Teilnehmern abgelehnt hatte und an seine Stelle die Indoktrination und die Reglementierung, die Bestrafung von oben nach unten gesetzt hat – das ist uns heute eindrücklich vorgeführt worden, in welcher Weise ULBRICHT und andere gearbeitet haben –, sind Christen auf die marxistische Seite zugegangen. Im Bereich der Jugendarbeit ist das am deutlichsten geworden an dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, in dem junge Leute eine Symbiose – ich will das nicht eine Synthese nennen – eine Symbiose zwischen Visionen des Alten Testaments und den Versuchen einer sowjetischen Führung unter CHRUSCHTSCHOW und seinen Nachfolgern sahen, mit dieser Vision einer waffenlosen Welt fertig zu werden. Sie wissen, in welche Bedrängnis die DDR durch die Entschlossenheit und den Mut gerade j u n g e r Menschen – und nicht n u r junger Menschen, sondern auch Erwachsener – gekommen ist, die dieses Symbol getragen haben, das bis heute nicht totzukriegen ist. Ich möchte also noch einmal darauf hinweisen: das, was als wissenschaftliches Grundstudium als Indoktrinierung gedacht war, ist gegen den Willen derer, die es intendiert haben, zur Hilfe geworden, zum Anstoß für einen Dialog zwischen Christen mit einer persönlich verantwortlichen Einstellung und überzeugten Marxisten und Marxistinnen verschiedenster Schattierungen. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass Leute wie Heino FALCKE etwa die Einsichten

formulieren konnten, die ja bis heute nicht eingelöst, nicht erledigt sind, sondern ihrer Erledigung, ihrer Bewältigung im globalen Maßstab erst noch harren. Ich möchte Herrn Dr. STENDEL ausdrücklich danken für dieses Referat, das uns auch das Bedrängende dieser Zeit noch einmal hervorgeholt hat.

Ich würde mich zweitens freuen, wenn auch einmal untersucht werden könnte, was sich an anderen Fakultäten auf Grund der SED-Hochschulpolitik abgespielt hat: Wie etwa – um ein Beispiel zu nennen – ab 1954 am Institut für Musikpädagogik Leuten mitgespielt worden ist, und wie auch auf musikalischem Gebiet Entwicklungen, die seit 1945 angelaufen waren, brutal niedergemacht wurden. Wir merken die Folgen im musischen Bereich bei Kindern und Jugendlichen in den Schulen bis heute. Was sich da entwickelt hatte und welche Leute damals dagegen nach vorn geschoben worden sind, das aufzuarbeiten fände ich den Schweiß der Edlen wert. Herzlichen Dank.

STENDEL: Ihre kleine Korrektur – herzlichen Dank. Sie haben Recht – und nicht ganz recht. ML ist 1950 eingeführt worden, auch an theologischen Fakultäten, und ist im Zuge der Überlegungen nach dem GROTEWOHL-Vorschlag von 1952 wieder eingeschlafen, also wieder fakultativ geworden, und ist dann 1956 – gerade als Gegenreaktion auf studentische Proteste – erst wieder obligatorisch geworden.

BUCHENAU: Da war ich also in den Semestern, die das hatten.

BRUNS: Ich war 1960 bis 1962 Dekan der Medizinischen Fakultät Halle, habe also die kritische REICHENBACH-Zeit und was folgte persönlich erlebt. Zur Person STERN: Er war seinerzeit offiziell durchaus angesehen und galt als überaus liebenswürdig, aber er täuschte viele. Ich empfand ihn trotz seiner k. und k. Pose eines Wiener Grandseigneurs als windigen Burschen, der im Schauprozess gegen den Spirituskreis sein wahres Gesicht gezeigt hatte. Er schrieb, wie Sie wissen, Briefe an ULBRICHT, beispielsweise über Bischof DIBELIUS, als er in der Stadtkirche öffentlich gesprochen hatte und den er sofort verhaftet wissen wollte, wie auch namentlich benannte Studenten unter dessen Zuhörern.

Ich kannte STERN als Senatsmitglied. Traf man ihn beim Sonntagsspaziergang auf den Saalewiesen, wirkte er leutselig, anders als im akademischen Amt. Er gab sich den Nimbus eines Deutschritters, schulterte seinen Spazierstock und ließ ein: „Ich begrüße Sie“ vernehmen.

Der Landwirt Erich HOFFMANN war ein liebenswürdiger Mensch, den ich sehr schätzte. Seiner hochnotpeinlichen Vernehmung vor dem Senat war er aus religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen nicht gewachsen. Als international anerkannter Betriebswirt hatte er sich in große Schwierigkeiten gebracht, als er die Meinung vertrat, kleine LPGs<sup>4</sup> seien in der DDR völlig überflüssig, weil sie nichts brächten, sich nicht rechneten, wie man heute sagt. Damit gewann er die Sympathie des im Politbüro höchst unbeliebten stellvertretenden Landwirtschaftsministers RÜBENSAM, ein Grund mehr, beide zu maßregeln, HOFFMANN total in die Enge zu treiben und als untergeordneten Landwirt auf ein Gandenbrot in Hohenthurm warten zu lassen.

STENDEL: Das ist auch alles wortwörtlich festgehalten. In diesem Gespräch traute sich STERN offensichtlich nicht, ihn ebenso wie ALAND zu entlassen. Deswegen haben sie ihm diese Stelle angeboten, und er hat von sich aus von vornherein gesagt, ich mache das nicht mit, also ich gehe freiwillig.

---

<sup>4</sup> LPG – Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

PARTHIER: Ich kannte den Rektor STERN auch nur aus der Ferne und habe ihn in drei bis vier Reden – eindrucksvollen Reden, er konnte sehr eindrucksvoll reden – erlebt, aber dass er privat ein ganz anderer war, als er im Dienst sein musste, ist mir völlig klar, muss wahrscheinlich jedem klar sein, und dass er unter unglaublichem Druck des harten Kerns der Universitätsparteileitung gestanden hat, ist auch offensichtlich. Deshalb hätte ich gerne von Ihnen, Herr STENGEL, noch ein paar Hinweise dazu, dass er, wie Sie sagten, mit den „Bürgerlichen“ sympathisierte. Ich kann für die Leopoldina noch hinzufügen, dass STERN zur Wiedereröffnung der Akademie 1952, also zur 300-Jahrfeier, eine Festschrift geschrieben hat, die er später wahrscheinlich so nicht wieder geschrieben hätte. Sie war außerordentlich positiv im Sinne der Leopoldina. Das war ganz bewusst von ihm so gemacht und war sicher auch wichtig für die staatliche Seite, das Staatssekretariat, das letztlich die Wiedereröffnung offiziell ablaufen ließ. Damals war noch die Parole „Deutsche an einen Tisch“ die allgemeine Politik, die hohe Politik der DDR, und STERN hat einfach in dieser Festschrift die nationale Komponente der Leopoldina sehr stark herausgestrichen. Das ist immerhin so weit gegangen, dass die Akademie ihm dafür dankbar gewesen ist und STERN später Ehrenförderer der Leopoldina wurde. Also, man soll die Dinge nicht nur schwarz-weiß malen, sondern man muss da allerhand Grautöne einmischen.

Zu den Philosophievorlesungen – es war natürlich Marxismus-Leninismus – noch eine Bemerkung. Sie sagten, dass die auch für Theologiestudenten obligatorisch waren. Für uns Naturwissenschaftler waren sie erst recht obligatorisch. Wir wussten auch, dass Strichlisten geführt wurden, wer teilnahm und wer nicht, aber man wusste auch, wie die Strichlisten zu umgehen waren. Es wäre also interessant zu wissen, wieviele Theologiestudenten wirklich zu den Vorlesungen gegangen sind. Und weiter: Es gab auch Seminare zu diesen Marxismus-Vorlesungen mit Assistenten aus dem Institut für Marxismus-Leninismus. Wir hatten verschiedene, aber diese Seminare sind eigentlich immer sehr interessant gewesen. Wir konnten als Studenten unsere Kritik anbringen, wie wir dachten und wie wir meinten, diskutieren zu müssen. Allerdings musste es am Ende unterm Schlussstrich wieder stimmen, das heißt, LENINS und STALINS Werke waren natürlich immer die letzte Wahrheit, das musste am Ende wieder herauskommen. Aber zwischendurch konnten wir alles anbringen und diskutieren, was wir wollten. Es wäre interessant, einmal zu wissen, wie das bei den Theologen gewesen ist.

Zur „Deutsche-an-einen-Tisch-Politik“ – das geht an Frau GERSTENGARBE – als Staatspolitik der DDR, wie ich schon sagte, muss ich ergänzen, dass man noch bis 1955, höchstens 1956 von gesamtdeutschen Aufgaben der Leopoldina gesprochen hat. Auch MOTHES hat später meines Wissens nicht mehr gesagt, dass wir eine gesamtdeutsche Akademie sind. Wir sind dann immer eine übernationale Akademie gewesen. Da ist Deutschland, auch Westdeutschland einbezogen gewesen. Diese feinen Unterschiede muss man doch schon sagen. Das war einfach wichtig für's Überleben.

STENGEL: Zur ersten Bemerkung bezüglich STERN – das kann ich nur unterstreichen. Es gibt ganz merkwürdige Papiere, die sich auch widersprechen. Es gibt richtig gegenläufige Tendenzen zur Beschreibung dieser Persönlichkeit. Ich kann es mir nur so erklären, dass er wirklich unter Dauerbeschuss seitens dieser UPL-Leute hier stand, die man auch mal genauer unter die Lupe nehmen müsste: wo kamen die denn her? Sie waren jung und durch die Bank Karrieristen. Sie haben alle ganz schnell Professuren bekommen. Sie haben STERN bei HAGER und ULBRICHT

ununterbrochen persönlich unter Beschuss genommen. Die Verhaftungsforderungen von STERN sind bekannt. Er schreibt noch 1957, die Theologischen Fakultäten müssen endlich geschlossen werden, das seien alles Feinde, und HAMEL muss verhaftet werden, das war 1953, DIBELIUS muss verhaftet werden, das ist tatsächlich bekannt. Aber: mir scheint, das ist ein Vorpreschen nach dem Motto, ich will zeigen, dass ich absolut auf der Linie liege. Denn andererseits gibt es zum Beispiel interne Informationen, dass er eigentlich selber gerne in den Spiritus-Kreis hinein wollte. Das widerspricht sich natürlich völlig.

Was die ML-Veranstaltungen angeht, das kann ich im Grunde nur bestätigen. Von Strichlisten bei den Vorlesungen weiß ich jetzt nichts, das wird auch in verschiedenen Zeiten der DDR unterschiedlich gewesen sein. Die Seminare waren pure Diskussionsveranstaltungen. Auf jeden Fall für unseren Bereich ist es so, dass die ML-Dozenten alle IMs waren. Da wurden eindeutige Einschätzungen angefertigt, wer redet wie und so weiter. Anfang der 1960er Jahre hat es für Theologiestudenten in Leipzig<sup>5</sup> und anderswo hohe Haftstrafen gegeben, die nichts weiter gemacht haben, als in ML ihre Meinung zu sagen. Das war später nicht mehr so, weil man mit im Laufe der Zeit verfeinerter Logistik des MfS an die Leute herankommen wollte. Das ging nicht durch Verurteilungen für das, was sie gesagt haben. Wenn man ein Bild haben will darüber, was jüngere Leute, also auch meine Generation, gedacht haben in der DDR, und was die gesagt haben, dann muss man in die IM-Akten schauen. Da steht das oft wörtlich drin. Aber es hat nicht immer jeder alles gesagt, also bleibt ein unvollständiges Bild.

LÄMMEL: Ich habe ab 1963 in Halle studiert und Examen gemacht. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig es war, dass die theologischen Fakultäten an den Universitäten erhalten geblieben sind. Es wäre sicher die Ausbildung der Theologen in Ostdeutschland ganz anders gelaufen, wenn wir nur die theologischen Hochschulen gehabt hätten, weil wir dann diese Auseinandersetzung nicht gehabt hätten. Der Staat hätte ganz bestimmt andere Einflussmöglichkeiten nehmen können. Es ist den Professoren damals und der Leitung der Fakultät sehr zu danken gewesen, dass sie sich nicht haben zurückdrängen lassen.

Ich kann mich an eine Art Aufnahmeprüfung erinnern, die wir machen mussten, um immatrikuliert zu werden. Ich würde sehr gerne von Herrn Professor WALLIS, der heute anwesend ist, dem späteren Dekan der Theologischen Fakultät, erfahren, was da an Vorgaben existierte, warum und wie diese Auswahl stattfand? Hatten sich zu viele zum Studium beworben, oder glaubte man, die Studenten besser einschätzen zu können mit dieser Befragung? Ich glaube, wir mussten sogar eine Bildbeschreibung oder irgend so etwas ähnliches machen. Was war der Grund dieser Prüfung?

WALLIS: Ja, wenn ich hier darauf angesprochen worden bin, das war ein Ukas, der für alle Fakultäten galt. Und der hatte zum Zweck, festzustellen, als ja doch viele Studenten mit außerordentlichen Abiturnoten kamen, Nullkommaeins und so, wer ist denn nun wirklich studiengeeignet? Darum sollten wir die Prüfung durchführen. Das wurde nach ein paar Jahren wieder abgeschafft, weil sich das Ministerium für Volksbildung darüber beklagte, dass die Universitäten die Abiturien noch mal überprüfen würden, und das dürfe nicht sein. Da wurde es wieder abgeschafft.

<sup>5</sup> Hans VOIGT, Willi LANGE, Ulrich WOLFF 1962 in Leipzig; vgl. STENDEL 1998, Theologische Fakultäten, S. 498–507

Diese Befragung – wir haben versucht, das Beste daraus zu machen. Bildbefragung, wissen Sie, ich fühle mich apostrophiert. Ich hatte das nämlich damals in der Fakultät durchzuführen und habe mir gesagt, was kann man denn Menschen fragen? Es war manchmal interessant, was man da zu lesen bekam, einen zweiseitigen Aufsatz ohne jedes Komma und ohne jedes Semikolon, das sind auch Punkte. Wir haben versucht, aus dieser „Eignungsprüfung“ das Vernünftigste zu machen. Wir selbst haben aus diesen Befragungen keine Schlussfolgerungen abgeleitet, es sei denn, dass jemand sich so benahm, dass man sagte, also, den können wir unmöglich durch unsere Fakultät schleusen. Das waren meistens nicht mal die Leute, die von Staats wegen befürwortet wurden. Also das war doch etwas anders.

Aber zum Grundsätzlichen möchte ich sagen, mir war vieles interessant, was der Vortragende hier vorgebracht hat, und vieles habe ich auch selbst so nicht gewusst. Aber ich war eben ein Frosch, der unten an der Erde lang hüpfte. Während also das, was in den Akten steht, der hohe Wille der Politik war. Und das ist ganz gut herausgekommen, auch mit dem, was Frau Dr. GERSTENGARBE noch gesagt hat – so ist das nur alles nicht gelaufen. Das lag daran, dass sich in der SED ganz unterschiedliche Strömungen breit machten. Da waren die Fundis, fundamental als Durchschnittskröten, und da waren die Pragmatiker, die sagten sich, Menschskinder, wir sind ja dumm, wenn wir eine Theologische Akademie für die ganze DDR machen. Da sind sie ja alle zusammen. Und wir beschneiden uns des Einflusses auf die Berufung und Zulassung von Studenten. Also, schön kleinteilen, Rostock hat eine kleine Fakultät, Greifswald hat eine kleine Fakultät, größer waren die in Berlin und Leipzig, Halle war so eine mittlere Fakultät und auch Jena. Da haben wir sie in ganz unterschiedlichen Organisationskörpern, und so kriegen wir die viel besser in den Griff. Dass sie das nicht geschafft haben, ist auch zum Ausdruck gekommen. Aber im Gegensatz zu dem, was hier vorgetragen wurde, möchte ich doch sagen, was unten gelaufen ist, war meist etwas ganz anderes. Ich muss ganz ehrlich sagen, die, die sich mit uns zu befassen hatten, hatten es nicht leicht. Wir haben allerhand Schwierigkeiten, ganz kleine Schwierigkeiten gemacht.

Ich wurde eines schönen Tages zum Rektor bestellt, und es war von vornherein klar, er sollte mir – der Ukas kam von Berlin – eins versetzen, eigentlich zwei kräftige Jagdhiebe verpassen. Er hat das auch sehr nett getan, und als ich hinterher nicht darauf reagierte, fragte er mich: „Na Herr Wallis, Sie sagen doch gar nichts dazu!“ Und da sagte ich ihm ganz trocken: „Magnifizienz, ich demissioniere.“<sup>6</sup> Das war ja das ganz Falsche, das sollte er ja gar nicht bewirken. Er sollte mich reglementieren. Denn, wenn Herr Wallis demissioniert hätte – das wusste er auch – dann wusste das nicht nur sein Gemeindepfarrer, nicht nur sein Superintendent, sein Propst, sein Bischof, dann wusste das auch der Bischof in Hannover und sonst wo. Und dann aber in der Art: Den Wallis haben sie gefeuert! So etwas

---

<sup>6</sup> Das ist auch in den Akten festgehalten: Am 18. 6. 1979 sandte Prof. WALLIS als Sektionsdirektor eine ausführliche Darstellung der Wahlvorbereitung an der Sektion Theologie an den Rektor und bot im Begleitschreiben, „sollte die Haltung der Studentenschaft der Sektion Theologie mit einem schuldhaften Verhalten der Sektionsleitung erklärt werden, [s]eine Demission“ an. Vgl. BArch, DR-3, 1222. An der Kommunalwahl am 20. 5. hatten sich 29 % der Theologiestudenten nicht beteiligt – die höchste Nichtwählerquote aller Sektionen Theologie. [Anm. STENGEL]

musste auf jeden Fall vermieden werden. Das war nicht leicht für so einen Mann. Er sagte mir: „Sie können deswegen doch nicht gleich demissionieren.“ Ich entgegnete: „Wissen Sie, in unserer Gesellschaft würde manches besser gehen, wenn einer, der Mist gebaut hat, seinen Hut nähme und geht.“ Und dann haben wir eben darüber diskutiert, ob der Hut nun am Nagel hing, weil man ihn – oder auch mal nicht – aufsetzt usw., also er war der Meinung, ich sollte den Hut ruhig da hängen lassen, wo er hing. Er war mir gegenüber in einer schwierigen Situation. Und so war das oft, war das auch beim Marxismus-Leninismus. Theologen haben das, was ihnen da vorgetragen wurde, ja auch kritisch durchdrungen. Man hörte dann von anderen Studenten, die Theologen müssen doch einen ganz anderen ML-Unterricht bekommen, die wissen ja mehr als wir. Weil sie das kritisch durchdrungen haben.

Ich habe noch ein Drittes. So wie das beabsichtigt war, ist das unten gar nicht immer angekommen. Es war nicht der große Kampf. Als ich 1959 nach Halle kam, gab es den Spiritus-Kreis nicht mehr. Ich habe davon erfahren, war aber nicht mehr davon berührt. Aber ich war dann Sektionsdirektor von 1966, wurde der letzte Dekan, der erste Sektionsdirektor bis 1972 und nachher von 1978 und bis 1984 noch einmal, und jedes Mal danach bekam ich einen Herzinfarkt. Das gehörte dazu. Es war nicht der große Kampf, es war auch nicht mehr der Grabenkrieg, sondern im Umgang mit den Leuten, mit denen wir zu sprechen hatten, war das ein Gemaschel unter Ganoven. Ich sagte mir immer: Jeder hat einen Sack mit Gold in der Tasche, aber jeder möchte, dass der andere ihn zuerst rausholt, und jeder behält seinen Beutel Gold so lange in der Tasche, wie nur möglich. Ich war auf solche Art des Kampfes nicht unvorbereitet – bin aus der Nazizeit hervorgegangen als Verfolgter. Ich wusste, Widerstand leisten ist möglich, nur nicht brachial. Aber es ist möglich. Und jene, die am liebsten sehr willfährig waren, waren denn auch die, die am wenigsten geschützt wurden. Also ein bisschen Widerstand leisten war ganz gut, aber wie gesagt, ja, vielleicht wie beim Billard spielen, ich stoße gegen diese Bande, weil ich will, dass die Kugel abprallt und woandershin rollt. – Was mich immer am meisten bekümmert hat, ich meine, man hat sich bemüht, nach dem biblischen Grundsatz zu handeln, eure Rede sei Ja Ja, Nein Nein, was darüber ist, ist von Übel (Matth. 5,37). Dagegen haben wir damals mannigfach verstoßen. Aber wer in dem totalitären Staat neinsagen wollte, der hat es natürlich verschlüsselt. Darin sind wir eben schuldig geworden.

PRITZKOW: Ich spreche nicht als Theologe, ich bin Professor für technische Chemie an der Technischen Hochschule Merseburg gewesen, und möchte hier einmal etwas erzählen, was die meisten der Anwesenden wahrscheinlich wundern wird. Die Professoren mussten marxistisch-leninistische Schulungen mitmachen – das wird es an der Universität Halle genauso gegeben haben. Wenn sie nicht in der Partei waren, mussten sie das an irgendeinem Montagnachmittag machen, wenn die anderen Parteilehrjahre hatten. Außerdem gab es, für die Nichtgenossen und für die Genossen, Kompaktveranstaltungen Marxismus-Leninismus. Es war zwar nicht nur Marxismus-Leninismus, aber es sollte uns auf die richtige Linie einschwören. Daran musste man so etwa alle Jahre einmal teilnehmen, in drei Wochenkursen. Das nur als Präliminarie.

Bei einem dieser Kurse, an dem ich Anfang der 80er Jahre teilgenommen habe, stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Referenten für kirchliche Fragen beim Rat des Bezirkes Halle. Na ja, was erwartet man da eigentlich? Ich dachte, da

werden wir aber einen Unsinn hören. Und was hat er erzählt? Eine ungeheure Hochachtung vor den kirchlichen Einrichtungen und vor der evangelischen Kirche. Ja, sagte er – das Wort habe ich dort zum ersten Mal gehört, obwohl ich aktives Mitglied der Kirche bin – ja, sagte der, die fühlen sich als Mitglieder einer Bekenntnis- und Dienstgemeinschaft. Er sagte, auf die zwei kirchlichen Krankenhäuser im Bezirk Halle können wir gar nicht verzichten, das sind bei weitem die besten Krankenhäuser, die wir im Bezirk Halle haben, und das nicht nur, weil sie von Westdeutschland gewisse Unterstützung in materieller Hinsicht kriegen, sondern in erster Linie, weil das Personal dort in ungewöhnlicher Weise den Patienten gegenüber Zuwendung aufbringt. Am Ende dachte man, er hätte als Vertreter der evangelischen Kirche nicht besser über sie und ihre Arbeit sprechen können, als er es nun hier als Parteimitglied und Referent im Rat des Bezirkes tat. Ich will damit nur einmal sagen, dass anders herum auch etwas gelaufen ist, dass Leute, die eigentlich etwas ganz anderes vertreten sollten, durch ihren ständigen Umgang mit Kirchenleuten, sagen wir, selber missioniert worden sind. Ich glaube, dass kaum einer unter Ihnen so etwas erwartet. Wir hatten es damals auch nicht erwartet. Ich weiß natürlich nicht, ob dieser Referent nicht noch Ärger bekam, da ja unter den Teilnehmern auch Genossen waren, vielleicht linientreue Genossen. Aber: Zunächst einmal hat er bei uns großen Beifall bekommen und Hochachtung geerntet.

BUCHENAU: Ich bin mir sicher, er hat keinen Ärger bekommen. Denn seine gesamte Rede war natürlich mit dem MfS abgesprochen, das kann man in allen einschlägigen Akten der Zeit nachsehen. Zweitens. Die Dinge sind gegen Ende der DDR noch viel dramatischer gewesen, da ist jeder, der nach dem Westen dienstlich fahren musste, flehentlich gebeten worden, für das Krankenhaus dies oder jenes, was er nur könne, bitte mitzubringen. Solche Reden von staatlichen Kirchenreferenten gab es gegen Ende der DDR mehrfach. Ich habe ganz ähnliche Erfahrungen machen können; am Anfang der DDR war das genau umgekehrt. Auch hier, und dafür bin ich Ihnen dankbar, muss man deutlich differenzieren.

Ich finde es im übrigen gut, dass Sie auf die Zusammenarbeit zwischen Leopoldina und Kirche hingewiesen haben. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Wenn Carl Friedrich von WEIZSÄCKER nach Halle kam, dann brauchte die Kunde davon nur einen Tag, bevor er sprach, durch einen in der ESG weiter gegeben zu werden – eher durfte man es gar nicht machen, weil sonst der Markt auch noch schwarz gewesen wäre von Menschen wie die Kirche selbst. Was das für Einfluss auf die Kreativität der Leute gehabt hat, die 1989 für vielleicht ein Vierteljahr als Katalysatoren einer Bewegung gewirkt haben, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Das war ein unwahrscheinlicher Einfluss, was wir damals auf diese Weise mitbekommen haben.

GERSTENGARBE: Ja, aber genau so wichtig ist, dass die Kirche eben die Ergänzung war, dass dort wirklich Vorträge gehalten wurden, die hier in der Leopoldina nicht hätten gehalten werden können, weil sie nicht in die wissenschaftliche Thematik passten.

HARTMANN: Ich habe von 1950 bis 1955 mit Günther BUCHENAU zusammen an der theologischen Fakultät studiert und bin dann später, 1978 bis 1986 als Pfarrer wieder in Halle gewesen. Da habe ich Spuren und Nachwirkungen von dem erfahren und entdeckt, was ich als Student hier in Halle erlebt hatte. Das eindrucksvollste Erlebnis für mich als Student war eine Vortragsreihe im Jahr 1951, von der Studentengemeinde organisiert, die in den Räumen der Universität stattfand

zum Thema „Der Mensch“, „Was ist der Mensch?“ Professoren aus den verschiedensten Fakultäten haben über die Anthropologie vorgetragen, jeweils von ihrem wissenschaftlichen Gebiet her. Da war z. B. der Theologe HEINZELMANN dabei, der kurz nach diesem Vortrag starb. Aber es war auch ein Marxist eingeladen. Das war Professor MENDE. Der fiel zwar gewaltig ab gegen all die anderen Vorträge. Diese Vortragsreihe war ein ungeheuer beeindruckendes Erlebnis, für mich als jungen Theologiestudenten.

Ich muss sagen, die Studentengemeinde spielte in der Zeit von 1950 bis 1955 eine ganz große Rolle. Wir Theologiestudenten waren da sogar in der Minderheit. Es waren viel mehr Studenten von den anderen Fakultäten, Mediziner, Landwirte, Naturwissenschaftler und aus allen möglichen Richtungen dabei wie Germanisten. Die leiteten auch viele Arbeitsgruppen und Diskussionskreise, und wir haben da unwahrscheinlich viel gewonnen. Und später, nach 1978, traf ich dann Vertrauensstudenten aus der damaligen Zeit, zum Teil hier als Kirchenälteste in haleschen Gemeinden, wieder. Oder Söhne und Töchter von den Professoren, die vor 1955 sich hier ganz bewusst als Christen bekannt hatten, Professoren der anderen Fakultäten, zum Beispiel Herr KELLER, der sich schon zu Wort gemeldet hat. Ihn kenne ich bereits aus dieser Zeit als Student. Und was die Zusammenarbeit mit der Leopoldina betrifft – Günther BUCHENAU hat das schon angeschnitten –, das war auch in den Jahren 1978 bis 1986 so. Wir wussten, Professor WEIZSÄCKER war zur Jahresversammlung der Leopoldina angemeldet, er kommt an den und den Tagen, wir wussten aber nicht, wann er wirklich Zeit hatte. Wir konnten also höchstens vierundzwanzig Stunden vorher bekannt geben, er wird in der Marktkirche sprechen, und die Massen kamen von überall, von Leipzig, Jena und noch weiter her.

GERSTENGARBE: Ich werde auch nicht vergessen, wie ich mit Ihnen in den 80er Jahren zur Friedensdekade beim Brückegottesdienst durch die Stadt gewandert bin. Dieser Aufbruch einer stillen Protestbewegung bleibt mir sehr nachdrücklich in Erinnerung.

KELLER: Als Gemeindechrist hatte ich das Gefühl, die Theologen von der Fakultät gehören zu uns. Sonntags war man zusammen im Gottesdienst, das ist ja, glaube ich, nicht überall der Fall bei den Theologen. Und wenn man jemand von der Theologischen Fakultät in einen Gemeindekreis einlud, dann kamen sie auch gerne. Das ist das eine. Das andere war unser Eindruck, dass die Theologen schließlich besser in Marxismus Bescheid wussten als die Marxisten, weil sie noch andere Kenntnisse von Philosophie hatten und überhaupt geübter im Umgang mit geistigen Fragen waren.

Noch eine Randbemerkungen zur Person Leo STERN. Er hat sich, als er sein Rektorat abgab, von meinem Vater [Ott-Heinrich KELLER] verabschiedet mit den Worten: „Wir waren ja wohl bisher Freunde und Feinde; ich hoffe, wir werden in Zukunft mehr Freunde sein.“ In der Zeit seines Rektorats hatte er meinem Vater, der sich vor der Universität an einer kirchlichen Straßensammlung beteiligte, dies untersagt.

Vorhin fiel der Name ZAUNICK. Das hat damals viel Staub aufgewirbelt. Es war früher durchaus üblich, dass die Professoren nicht mit Schlag fünfundsechzig aufhören mussten. Aber Professor ZAUNICK [Director Ephemeridum der Leopoldina] bekam mit seiner Geburtstagspost genau zum 65. sein Emeritierungsschreiben. Da hatte man, vielleicht zum ersten Mal, schlagartig einen bürgerlichen Professor vor die Tür gesetzt.

STENDEL: Diese neue Emeritierungspraxis war einer der wesentlichen Bestandteile der dritten Hochschulreform am Ende der sechziger Jahre. Emeriti mussten nun zwangsweise gehen und durften keinerlei Universitätsgeschäfte mehr ausüben, nicht mehr in den Räten sitzen usw.; sie mussten einfach ganz ausscheiden. Man wollte das bis dahin immer noch starke Gewicht der „Bürgerlichen“, wo es nicht sowieso schon ausgeschaltet war, beseitigen.

THEILE: Ich habe hier in Halle unter KELLER Mathematik studiert. Mich interessiert folgendes: Etwa seit den 70er Jahren, wenn ich mich recht erinnere, wurden für die Erstsemester ideologische Anfangswochen eingeführt und auch zu Parteitage und ähnlichem gab es entsprechende Kampagnen. Im Laufe der Zeit wurden solche Aktionen, glaube ich, nicht mehr von der Sektion Marxismus-Leninismus organisiert, sondern nur noch beaufsichtigt. Man ließ dann die Naturwissenschaftler selber auf das Podium und zu ideologischen Themen sprechen, mit Vorgaben natürlich. Wie weit ist es gelungen, so etwas in die Theologie hinein zu tragen?

STENDEL: Diese „Rote Woche“ hat bei uns auch stattgefunden. Nur, das ist wirklich außerordentlich vielfältig gelaufen. Da gab es schon gelegentlich obligatorische Vorträge von Mitarbeitern vom Staatssekretariat für Kirchenfragen oder CDU-Funktionären, aber wir haben diese Tage auch selber gestaltet. Das heißt, wir haben das zusammen mit einigen Professoren besprochen und die Programme selber gemacht. Wir hatten zum Beispiel 1988 – vielleicht ein einzigartiger Fall in der DDR – die FDJ-Studententage zum Thema „Solidarische Kirche“ organisiert.<sup>7</sup> Da waren Vertreter der Solidarischen Kirche bei uns. So etwas war auch möglich an dieser Theologischen Fakultät.

MEYER: Ich habe 1974 bis 1978 in Halle studiert, dann promoviert und arbeite hauptsächlich zur Universitätsgeschichte. Der Spiritus-Kreis ist, meine ich, von besonderem Interesse. Es ist bedauerlich, dass er immer nur mit den Ereignissen von 1958 in Zusammenhang gebracht wird; denn es wird auch gleichzeitig damit im großen Rundumschlag gesagt, er habe ca. 80 Jahre existiert. Das ist nicht richtig. Nach dem Tagebucheintrag des Spiritus-Kreises wurde er 1890 gegründet. In diesem Tagebuch, 1890 begonnen, sind alle Zusammenkünfte mit Datum und zum Teil mit Uhrzeit eingetragen, einschließlich der Themen und Referenten. Es waren immer zwölf Mitglieder, entsprechend den zwölf Monaten, weil pro Monat ein Vortrag gehalten werden sollte. Und es war im Prinzip ein interdisziplinärer fakultätsübergreifender Erfahrungsaustausch.

Man sollte doch den Kreis von 1890 bis 1950 sehen, denn er hat eine sehr wechselvolle Geschichte gehabt. Die Mitglieder dieses Kreises waren bis 1920 wirklich das, was die SED ihnen in den 50er Jahren unterstellt hat. Es waren die maßgeblichen Leute an der Universität. Sie haben mehrfach Rektoren gestellt, sie waren Dekane, Senatoren, und haben damit Universitätspolitik direkt mitbestimmt. In den 20er Jahren ging dieser Einfluss zurück, und 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten war von den Spiritus-Leuten kaum noch etwas zu spüren; sie spielten überhaupt keine Rolle mehr im Universitätsleben. Zwischen 1942 und 1945 gaben sie sogar ihre Zusammenkünfte auf. Sie waren also mit den neuen machtpolitischen Verhältnissen nicht konform gegangen. Das hatte gewisser-

---

<sup>7</sup> Vgl. STENDEL: Zur Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR 1980–1990. In: NOWAK, Kurt; SIEGELE-WENSCHKEWITZ, Leonore (Hrsg.): Zehn Jahre danach. Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft (1989–1999). S. 61. Leipzig 2000.

weise auch Zwangsmaßnahmen zur Folge, wie für Paul MENZER, der 1938 mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen musste.

Um diesem Spiritus-Kreis von seiner gesamten Geschichte her gerecht zu werden, möchte ich erwähnen, dass von einem Mitbetroffenen der Aktionen jener im Vortrag behandelten Jahre Untersuchungen dazu begonnen wurden, von Heinz SCHWABE, der meist überhaupt nicht erwähnt wird im Zusammenhang mit den Ereignissen der Gleichschaltung, die auch die Geschichtswissenschaft betrafen. Es wird meist nur der berühmte Fall Günther MÜHLPFORDT genannt. Aber es betraf auch andere wie Heinz SCHWABE und einen weiteren Assistenten der Geschichtswissenschaften. Heinz SCHWABE wurde ins Archiv entlassen als Universitätsarchivleiter. Seit diesem Zeitpunkt hat er bereits an einer Geschichte des Spiritus-Kreises gearbeitet, und es existieren Manuskriptfragmente dazu.

Aber das Wort „Spiritus-Kreis“ oder „Spiritus“ ist nirgendwo in seinem Nachlass zu finden, schon gar nicht in all seinen Projektbeschreibungen, die er gemacht hat, um wieder in den wissenschaftlichen Betrieb zurück kommen zu können. Er hat es wohlweislich vermieden. Das ist auch ein Indiz dafür, dass der Name „Spiritus“ oder „Spiritus-Kreis“ noch bis zur Wende bei den Vertretern der SED ein Schreckgespenst war.

Am Rande möchte ich bemerken, dass ein Kollege und ich die Manuskriptfragmente von Heinz SCHWABE in Arbeit haben, wo die gesamte Geschichte dieses Kreises aufgearbeitet und insgesamt betrachtet wird, um das Verhältnis Staat, Universität, Kirche, Wissenschaft und die Rolle des einzelnen Wissenschaftlers in diesem Gesamtmechanismus zu verstehen. Das ergänzt in gewisser Weise, was Herr BRUNS zum Spiritus-Kreis in seinen Publikationen bereits geschildert hat und was bei Herrn STENDEL in seiner umfassenden Dissertation dazu steht.

PARTHIER: Ich habe gehört oder gelesen, dass der Spiritus-Kreis schon 1870 oder 1871 gegründet worden sein soll; ist das nicht richtig?

MEYER: Das ist nicht richtig. Dieses Datum geht wahrscheinlich auf bestimmte Bemühungen von jungen, noch nicht berufenen Professoren, also Privatdozenten, zurück und auf die Streitigkeiten bezüglich Dekanabilität und Nichtdekanabilität. Um die Jahrhundertwende gab es starke Auseinandersetzungen darüber, dass die Dekanabilität abgeschafft werden sollte. Dagegen haben sich natürlich die alten Professoren, die dekanabeln, strikt gewehrt, aber die jungen wollten Mitspracherecht haben. Das betraf Privatdozenten und außerordentliche Professoren, die versuchten, sich in die Universitätsöffentlichkeit einzubringen. Das spielt als Hintergrund vielleicht auch eine Rolle bei der Gründung dieses Kreises. Die geisteswissenschaftlichen Disziplinen sahen sich um die Jahrhundertwende durch den Aufschwung der naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen immer mehr zurückgedrängt und versuchten, ihren Einfluss wieder stärker zum Tragen zu bringen. Es waren bis auf Ausnahmen fast nur Geisteswissenschaftler im Spiritus-Kreis. Der erste Naturwissenschaftler war der Geograph Alfred PHILIPPSON, der nach der Jahrhundertwende kurzzeitig in Halle gelehrt hat. Dann kam von naturwissenschaftlicher Seite erst wieder Bernd LUEKEN dazu.

Die Intention bei der Gründung dieses Kreises war, die geisteswissenschaftliche und humanistische Tradition am Leben zu erhalten. Die Auseinandersetzungen zwischen Geistes- und Naturwissenschaften und die Neuorientierung der Universität in Richtung naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung, die Gründung von Technischen Universitäten, die „Abwertung“, die Vertreter der Geisteswissenschaften darin sahen, dass z. B. der Dr. phil. an den Technischen Hoch-

schulen vergeben werden sollte – das sind alles Konfliktpunkte gewesen, die Widerstand hervorgerufen haben. In dieser Richtung haben die Spiritus-Mitglieder in ihren Funktionen, die sie hatten, gewirkt. Es gab starke Auseinandersetzungen zwischen Georg CANTOR und Eduard MEYER. Eduard MEYER war Mitglied des Spiritus-Kreises, CANTOR vertrat die neue naturwissenschaftlich-technisch orientierte Richtung und versuchte, sie bei Berufungsfragen durchzusetzen. Ebenso wollten die Spiritus-Leute natürlich ihre humanistischen Traditionen weiter gepflegt wissen und machten Gegenberufungsvorschläge usw. Das ging bis zur Ausgestaltung von Studienplänen, der Zusammensetzung der Fakultät und sonstigen Dingen, bis ins kleinste Detail. Und das zieht sich über diesen gesamten Zeitraum hinweg. Damit kann man auch Universitäts- und Staatspolitik nachvollziehen.

PARTHIER: Aber wenn Sie das so darstellen, dann wundert mich, warum dieser Spiritus-Kreis so eine lokale Bedeutung gehabt hat und nicht über Halle hinausgegangen ist, denn dieses Problem, Geisteswissenschaften oder Kulturwissenschaften gegen Naturwissenschaften hat es an jeder Universität gegeben – und gibt es noch!

MEYER: Ja, das stimmt. Ich habe in Jena eine Konferenz miterlebt, wo es um ähnliche Fragen ging. Ernst ABBE und Bruno BAUCH, die dort gewirkt haben, hatten ähnliche Probleme, aber dort hat sich so ein Kreis nicht gefunden. Vielleicht liegt das an den Persönlichkeiten, dass es in Halle einen Kontakt gab, der sich zunächst auf privater Ebene entwickelte. Nicht jeder wurde in diesen Kreis hineingelassen. Man suchte sich seine Leute aus, nämlich jene, die die gleiche Richtung vertraten. Es wollten einige in diesen Kreis, weil es wirklich als eine Art gehobene Stellung galt, Mitglied des Spiritus-Kreises zu sein, aber dort wurde sehr genau überlegt, wen man ansprach, um den eigenen Intentionen weiter folgen zu können. Mitunter waren es sogar weniger als zwölf Mitglieder, wenn es niemanden gab, der zu ihnen passte. Wenn sich keine geeignete Person als Nachfolger für einen Verstorbenen fand, blieb der Platz eben frei. – Vielleicht wollte auch Leo STERN gern Spiritus-Mitglied sein, aber dazu fehlte wohl die Aufnahmebereitschaft.

STENGEL: Entschuldigung, wenn ich dazu noch etwas sage. Das hört sich ein bisschen so an, als hätte die SED ja Recht gehabt.

MEYER: In gewisser Weise ...

STENGEL: Natürlich nicht. Das waren mit Abstand die bedeutendsten Leute der Universität, die internationales Ansehen hatten, und die haben ganz gewiss ihre Berufungspolitik gemacht an ihren Stellen, die haben ganz gewiss im Senat ihre Politik durchgezogen und haben ihre Kontakte zu den anderen Bürgerlichen aufrechterhalten – aber das Entscheidende, was man niemals dabei vergessen darf: Dieser Kreis, der bekommt jetzt eine Bedeutung, die er in dieser Form ganz bestimmt nicht gehabt hat. **I n d i e s e r F o r m**. Es ging nicht darum, ob das Geisteswissenschaftler oder Naturwissenschaftler waren, sondern es ging darum, dass es ein „friedensfeindlicher“, „sozialismusfeindlicher“ Kreis sei, der aktiv gegen die SED und den Weltfrieden „wühlte“. Das war der Grundvorwurf, der stand in der Zeitung, und der hat diese einzigartige Kampagne ausgelöst, die ich vergleichsweise nicht wieder gefunden habe in der Geschichte der DDR.

PARTHIER: Das ist aber wieder die Endphase, und Sie, Frau MEYER, haben über eine andere Phase gesprochen.

STENGEL: Das ist eine andere Phase, aber in dieser Phase ging es überhaupt nicht darum, ob dieser Kreis feindlich ist gegen irgendwelche naturwissenschaftlichen

Konzeptionen, es ging um den Grundvorwurf, dass sie Verbindung haben zu dem *Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen* (UfJ) und der *Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit* (KgU) in Westberlin, zum RIAS, zu Bischof DIBELIUS, zu irgendwelchen geflohenen „Agenten“ – das waren die Kernvorwürfe, die öffentlich in den Verhörprotokollen und in den Disziplinarausschüssen permanent auftauchen; wie wollen Sie das widerlegen?

MEYER: Das will ich nicht widerlegen. Sondern ich will, indem ich die Entwicklung bis 1890 zurück zu verfolgen versuche, auch zeigen, wie nach 1945 ein Wechsel vollzogen wurde. Denn 1933 hatte ebenso ein Machtwechsel stattgefunden, und damit war auch in der Hochschulpolitik, in der Personalpolitik, mehr oder weniger ein Wechsel verbunden. Entsprechend ist es dann 1945 gewesen, wo wiederum so ein Austausch erfolgte, aber die passenden Leute waren 1945/46 noch nicht da. Man musste also auf diese Bürgerlichen zurückgreifen, besetzte zunächst erst mal die Lehrstühle, die notwendig waren, um überhaupt den Studienbetrieb aufrecht zu erhalten. Und dann, als man eigene Leute hatte, wusste man nicht, wie man die Geister, die man in der Not gerufen hatte, wieder loswerden konnte. Dafür war der Spiritus-Kreis der günstigste Aufhänger, den man sich denken konnte. Indem man dann sagte, der Spiritus-Kreis ist so, wie sie ihn definiert haben, damit war er dann wirklich das Angriffsziel, und das gab die Möglichkeit, sich dieser bürgerlichen Professoren am besten wieder zu entledigen.

STENDEL: Ich bin mir nicht sicher, ob das stimmt, dass man dann eigene Leute hatte.

MEYER: Das ist die andere Frage, ob die wirklich geeignet waren.

STENDEL: Das ist die Frage. Es sind hier massiv Leute in verschiedenen Bereichen der Geisteswissenschaften teilweise ohne Promotion, ohne Habilitation, ohne akademische Qualifikation von sonst wo hergeholt worden. Man darf ja nicht vergessen, dass die Mitglieder der Universitätsparteileitung – bei welcher fachlichen Qualifikation auch immer, über die ich mich überhaupt nicht äußern will – alle Professuren gekriegt haben. Das waren die neuen Leute, und es ist einfach die Frage: die triste geisteswissenschaftliche Landschaft, die wir in der DDR hatten, hängt zum wesentlichen Teil damit zusammen, dass man massiv gegen alles, was Geisteswissenschaft war – und eben auch Theologie – vorgegangen ist. Die hatten die neuen Leute nicht. Die haben nur gedacht, sie hätten sie gehabt, aber das stimmte de facto nicht.

MEYER: Aber sie fühlten sich in der Lage, nun dieses Anhängsel, diese Alten loswerden zu können. Ich weiß das, was für Leute auch in der Philosophie berufen worden sind, die nie promoviert bzw. habilitiert waren, und was sie dann von sich gegeben haben. Aber man hatte von staatlicher Seite und Parteiseite das Gefühl, jetzt wäre der Zeitpunkt herangekommen, diesen Umschwung einzuleiten, und damit musste man die Alten irgendwie loswerden. Auch STERN war eigentlich nur Mittel zum Zweck. Er hat z. B. Eduard WINTER auf etwas unfeine Weise in die Wüste geschickt. Und genau so hat man ihn dann fallen gelassen, nachdem er nicht so voll das durchgesetzt hat, was man von ihm verlangt hat. Er ist dem nicht gerecht geworden, weil der Konflikt für ihn wahrscheinlich zu groß war; er fühlte sich auf eine Art dieser humanistischen Tradition, die die Bürgerlichen vertraten, gewogen oder dazu hingezogen, andererseits war er aber auch ein Kämpfer der neuen Zeit. Aber er konnte sich mit den sektiererischen Tendenzen der Scharfmacher überhaupt nicht einverstanden erklären, und das ist es ja, worüber er dann selber gestürzt ist. Er ist nicht abgewählt worden, er ist abgesetzt worden, was man in den Dokumenten nachvollziehen kann. Er

wurde glattweg kaltgestellt. Hat Arbeitsurlaub genommen und wurde gar nicht mehr an die Führung herangelassen. Da war BONDİ dann der sogenannte Stellvertreter, und STERN ist nur noch zur neuen Rektorwahl gekommen. Das war sein letzter Amtsakt. Und man muss auch wissen, dass hier von der Parteiseite ein ganz scharfer Schnitt gemacht wurde, was den Rektor angeht. Man hat ihn erst benutzt und dann wieder weggeworfen.